

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6gepalte Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltensstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Am Amboss.

Wir griff des Lebens harte Faust
Schon in die krausen Kinderlöden;
Den Knaben hat es derb gezaust,
Hat ihn umfungen und umfaßt,
Und wahrlich nicht mit Blütenlöden.

Und „schaffen“ riefst; „die Stunde fliehet!“
Und trieb mich aus der Mutter Kammer:
„Nur der hat Recht, der recht sich müht;
Du selbst bist deines Glückes Schmied.“
Ich weint' und faßte Bang und Hammer.

Weit fuhr ich, wie die Sehnsucht fährt,
Von Niesen lern ich und von Zwergen;
Und braun und stark zurückgekehrt,
Bestellt ich frisch den eignen Herd
In meiner Heimat grünen Bergen.

Da hab ich an mit Macht und Fleiß
Zu ernsten Schlägen auszuholen;
Den spröden Stahl bezwang mein Schweiß,
Und mancher Tropfen herb und heiß,
Ziel zischend in der Esse Kohlen. — —

So Mond auf Mond, jahraus, jahrein,
So Tage lang und halbe Nächte!
Stets brannte meines Feuers Schein
Wie Festas Feuer hell und rein,
Und hoch den Hammer schwang die Rechte.

Wohl träumten mir im Herzen tief
Viel wunderbare Melodien,
Ein Rauberwald der schlief und schlief,
Den keine Frühlingssonne rief,
In Frühlingsschönheit aufzublühen.

Wir war ein andres Ziel gestellt;
Wir blieb nicht Zeit zu süßen Weisen.
Dit war die Brust wohl hochgeschwellt,
Doch „schaffen, schaffen!“ rief die Welt,
Und rüstig griff ich nach dem Eisen. . .

Friedrich Wilhelm Meber.

Ein ernstes Kapitel.

Wo immer in der Geschichte der Menschheit etwas Großes geschaffen, Kulturarbeit geleistet worden ist, da geschah das unter der Devise, die Goethe kurz und treffend in die Worte zusammengefaßt: „Verein' und leite!“ Diesem Prinzip der Sammlung der Einzelwillen und Einzelkräfte zu positiver, aufbauender Arbeit zum Wohle eines Standes oder Volkes steht aber in der Geschichte noch ein anderes gegenüber: „Teile und herrsche!“ Nach diesem Grundsatz handelten bekanntlich die Römer. War es ihnen gelungen, Hader und Streit unter den einzelnen Völkerstämmen zu entspannen, so hatten sie gewonnen Spiel; es war alsdann ein leichtes, diese Völker zu Knechten und zu unterjochen. Ein aufstrebendes Volk und nicht minder ein aufstrebender Stand, wie es unser Arbeiterstand ist, haben alle Ursache, nicht nur offenen Hader und Streit aus ihren Reihen fernzuhalten, sondern sich auch vor jeder Zerstückelung der Kräfte zu hüten.

Wir christlichen Metallarbeiter haben uns unsern Verband geschaffen, um in solidarischer, gemeinsamer Arbeit möglichst günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Gewiß, in diesem Punkte erschöpft sich keineswegs alles das, was wir als Menschen, Christen und Staatsbürger erstreben. Aber dennoch bleibt es wahr, daß der Verband in der heutigen Wirtschaftsordnung für uns unentbehrlich ist; denn erst durch die Verbandsarbeit sind wir in der Lage, für die ausreichende materielle Grund- und Lage unserer Existenz als Mensch zu sorgen. Die Verbandsarbeit ist für den echten Gewerkschaftler also erste Pflicht, etwas, was er unter keinen Umständen vernachlässigen darf, wenn er im übrigen seinen Pflichten als Christ und Mitglied der Gesellschaft gewissenhaft nachkommen will. Diese Wahrheit sollte man heute eigentlich gar nicht erst wieder zu betonen brauchen. Aber man macht leider immer und immer aufs neue die Erfahrung, daß gerade unsere Metallarbeiter an manchen Orten ihre Arbeitskraft und ihr Interesse an so vielen, an sich gewiß nützlichen oder wenigstens schönen Dingen verzetteln, daß sie ihre erste Pflicht in der heutigen Zeit, die Verbandsarbeit, darüber vergessen.

Daß in dieser Hinsicht gerade bei uns Metallarbeitern eine ernste Gewissensforschung am Plage ist, zeigt wieder ein Bericht, der uns vor kurzem erst aus einem badischen Städtchen zugeht. Man klagt da Stein und Wein, daß es mit der Agitation nicht mehr vorwärts gehen wolle. 25-30 Kollegen hätten sogar erklärt, den Beitrag nicht

mehr aufbringen zu können. Diese Kollegen seien nämlich auf Einladung der Stadt der Baugenossenschaft beigetreten und hätten jetzt den Geschäftsanteil von 200 Mark in Monatsraten zu 3 Mark einzuzahlen. Dann sei in einem Betrieb eine Krankengeldzuschußkasse gegründet worden, der diese Kollegen ebenfalls angehörten. Schließlich habe auch der Arbeiterverein kürzlich seine Beiträge erhöht. — Da sei es den Kollegen unmöglich, den Verbandsbeitrag noch zu erschwingen. (1)

So etwas sollte man tatsächlich für unmöglich halten. Wenn diese Kollegen lebendige, tätige Glieder unseres Verbandes gewesen wären, so hätten sie sich doch sagen müssen, meinen Verband darf ich unter keinen Umständen preisgeben. Eine Baugenossenschaft mag immerhin etwas Schönes und Gutes und an manchen Orten sogar etwas dringend Notwendiges sein; viel notwendiger ist aber für den Arbeiter der Verband. Nur durch die Mitarbeit im Verband kann der Arbeitsmann sich ein angemessenes Einkommen verschaffen und sichern, nicht durch die Baugenossenschaft. Denn auch eine Baugenossenschaft kann ihm nur dann eine gute und preiswerte Wohnung zur Verfügung stellen, wenn er sie bezahlen kann. — Total unverständlich ist es aber, wie ein normal denkender Arbeiter seinen Verband hinter eine Krankengeldzuschußkasse rangieren kann. Was ihm eine solche Kasse bieten kann, bietet ihm doch sein Verband schon nebenher. Dann aber sind doch auch die Krankheitsstage im Leben nicht die Regel, sondern die Arbeitstage. Wer schützt und fördert uns aber bei der Arbeit? Doch nur der Verband!

Der Metallarbeiter muß also mit Blindheit geschlagen sein, der seinem Verband um irgend einer anderen Sache willen im Stiche läßt. Durch die Verbandsarbeit muß ja erst das reale wirtschaftliche Fundament gelegt werden, das für uns Menschen nun einmal die Vorbedingung auch für unsere höheren kulturellen und geistigen Bestrebungen ist. Und für uns christliche Metallarbeiter kommt neben diesen Erwägungen noch ein weiterer wichtiger Grund hinzu, uns vor dem „Teile“, vor der unnützen und schädlichen Zerstückelung der Kräfte zu hüten: Wir stehen einer Welt von Gegnern gegenüber! Darum bürgt uns nur das einheitliche Zusammenhalten unserer Kräfte, für den Erfolg unserer gemeinsamen Sache.

„Verein' und leite!“ sagt Goethe. Damit soll gesagt sein, daß auch eine große Masse nichts zuwege bringen kann, wenn jeder nur sein „Ich“ kennt und ohne Fühlung mit den anderen plan- und ziellos drauf los arbeitet. Bei einer solchen Wirtschaft kann natürlich nichts Vernünftiges herauskommen. Darum sagt der echte Gewerkschaftler nicht „Ich“ — sondern „Wir“. Unser Zusammenhalten im Verband muß also ein organisiertes sein; eine bewusste, freiwillige Ein- und Unterordnung jedes Einzelnen von uns auf der Grundlage des Gesamtwohles und der vernünftigen Einsicht. Und diese vernünftige Einsicht sagt uns — die ganze Menschheitsgeschichte bezeugt es —: Das, was der Gesamtheit, was unserm Stande frommt, das kommt jedem einzelnen von uns zugute.

Darum muß es erster Grundsatz eines jeden christlichen Metallarbeiters sein: Unsere Organisation, die wir mit großen Opfern und zäher Ausdauer geschaffen, die wir mit Mühe und Arbeit zu dem gemacht, was sie heute ist, die müssen wir als vernünftige Menschen hoch halten und fördern. Das liegt in unserem ureigensten Interesse. Das sind wir auch unserer Ehre und unserem Stande schuldig.

Unsere Sache braucht Männer.

Zu jedem ganzen Werk gehört ein ganzer Mann. Dieses Wort Müllers sollte in heutiger Zeit vor allem jeder christliche Gewerkschaftler beachten. Erstreckt doch die Bewegung, der er sich angeschlossen hat, die Verwirklichung einer großen und idealen Sache. „Hebung des Arbeiterstandes in materieller und sozialer Hinsicht“, das ist in kurzen Worten die Aufgabe, die unsere christlichen Gewerkschaften sich gestellt haben. Standesarbeit, ein ganzes Programm liegt allein in diesem einen Worte! Welche Ansumme an Aufklärungs- und Erziehungsarbeit hat es gekostet, in den Tausenden und Millionen, die erst durch die neuzeitliche Entwicklung des Wirtschaftslebens das geworden was sie heute sind, Verständnis für Standesbewußtsein und Standesehre zu wecken. Handelte es sich bei diesen Tausenden und Millionen doch um Leute, die nicht freiwillig, sondern durch den bitteren Zwang der Verhältnisse aus Jahrhunderte alten Ständen mit ihren Traditionen herausgerissen wurden.

So mußte mit Mühe und Arbeit gleichsam aus dem Niederschlag der durch die industrielle Entwicklung bewirkten Zersetzung der alten Stände ein neuer Stand —

der Arbeiterstand — geschaffen werden. Und es gehörte wahrlich kein geringes Maß von Idealismus, Opfer- sinn und mutiger Beharrlichkeit dazu, diese Nietenarbeit zu bewältigen. Den Männern, die sich dieser Aufgabe gegen eine Welt von Hindernissen in selbstloser Hingabe gewidmet, gebührt unser aller Dank. Der Dank eines ganzen Mannes, eines Gewerkschaftlers wie er sein soll, besteht aber vor allem in der Tat.

Standesbewußtsein und Standesehre sind dem echten Gewerkschaftler nicht leere Worte. Er macht in der Gewerkschaftsbewegung nicht mit, weil er es als halbwegs anständiger Kollege tun muß; noch weniger macht er mit, um als kalt berechnender Egoist seinen Verband und damit seine Kollegen bei günstiger Gelegenheit nach Kräften auszubuten. Nein, der echte Gewerkschaftler ist aus edlerem Holze geschnitten. Er weiß, daß mit Lauen und Egoisten eine Standesbewegung nicht hoch zu bringen ist, sondern daß hierzu Gemeinsinn und Tatkraft die unentbehrlichsten Vorbedingungen sind. Aus dieser Erkenntnis heraus scheut er persönlich keine Mühe und kein Opfer, um seinen Verband vorwärts zu bringen. Das Wohl der Gesamtbewegung ist ihm oberste Richtschnur seines Handelns, wohl wissend, daß dieses letzten Endes auch seinem persönlichen Interesse entspricht.

Aber auch noch in einer anderen Richtung erweist sich der echte Gewerkschaftler als ganzer Mann. Er besitzt den sittlichen Mut, offen und frei für seine Ueberzeugung einzustehen. Nichts ist seinem ganzen Wesen mehr zuwider, wie jene Knechtlichkeit und feigherzige Heuchelei, die gewisse übermütige Herrennaturen neuerdings in der gelben Bewegung heranzuzüchten suchen. Dazu gibt sich ein Mann, der auf den Ehrentitel Gewerkschaftler Anspruch machen will, nie und nimmer her. In diesem Punkt ist er unerbittlich; er hält es hier mit dem Dichter, der da sagt:

„Ich hasse die Knechte, die niemals frei
Dem Worte die wahre Flugkraft leih'n;
Ich hasse die Träumer, die nie dem Sturm
Mit starker Faust das Banner weih'n.“

Und in der Tat, wie armselig muß sich ein Arbeiter vornehmen, der, weil es ihm an Mut gebrach, ein entschiedenes Nein in rechten Augenblick zu sagen, sich auf einmal als entrechteter und unselbständiger Mensch in einem gelben Vereine wiederfindet. Vor uns liegt die Plage eines früheren Verbandsmitgliedes, der sich nach einer mißglückten Bewegung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes dazu herbeilegte, dem „Wunsche“ seines Arbeitgeberbes zu folgen und dem „wirtschaftsfriedlichen“ Werkverein beizutreten — weil er im Falle der Weigerung Schaden befürchtete. Die Strafe blieb nicht aus. Ein Vierteljahr nur hielt der Mann im gelben Lager stand; eine fortgesetzte moralische Folter, so gesteht er, sei das knechtliche Treiben in diesem Lager für ihn gewesen. Es habe ihn angeekelt. Erst jetzt habe er voll erfaßt, was er an unserm Verbandsverbande gehabt, dem er in unmännlicher Furcht den Rücken gekehrt. Er trat aus dem gelben Werkverein aus — da aber ging die Hege gegen ihn los. Während die Kollegen, die der gelben Lockung von Anfang an widerstanden, unbehelligt im Betriebe tätig sind, vermochte er sich nicht mehr zu halten. Auch in den anderen Werken am Orte konnte er nicht unterkommen. Drei Wochen nach seinem Austritt aus dem gelben Werkverein siedelte er mit seiner Familie, um eine bittere Erfahrung reicher, zu einem engeren Industriestädtchen über, wo er Arbeit gefunden hatte. Das war für den Mann und seine Familie ein harter Schlag, zumal er auf Umzugsunterstützung vom Verbandsverband keinen Anspruch machen kann, weil er 16 Wochen lang keine Beiträge gezahlt und damit seine Rechte um der schönen Augen des Arbeitgeberbes willen preisgegeben hat.

Durch Schaden wird man klug, sagt ein altes bekanntes Sprichwort. Der hier erwähnte Kollege ist durch die Erfahrung gründlich gegen alle ferneren gelben Lockungen gefeit. Wäre er ein Gewerkschaftler von echtem Schrot und Korn gewesen, so wäre er nicht der Versuchung erlegen, diesen gefährlichen und kostspieligen Abstecker in das gelbe Sumpfgelände zu unternehmen. Unsere Kollegen allerorts aber mögen aus diesem Vorfall wieder ersehen, wie unbedingt notwendig und unerlässlich es ist, die echten gewerkschaftlichen Tugenden, die wir an den alten Bahnbrechern und Führern unserer Bewegung so hoch schätzen, auch unter der jüngeren Generation zu pflegen und zu fördern. Den sittlichen Mut, den Mut, daß was man ist auch ganz zu sein und zu scheitern, können wir in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht entbehren. Dieser sittliche Mut ist es auch letzten Endes, der alle unsere Tatkraft, alle unsere Arbeit befruchtet. Darum fort aus unseren Reihen mit aller Feigherzigkeit und Menschenfurcht. Unser Streben gilt einer gerechten Sache, einer Sache, die das Licht des Tages vertragen kann.

Die Metallarbeiter in der preussischen Gewerbeaufsicht im Jahre 1911.

II.

Ueber die hygienischen Verhältnisse machen die Gewerbeinspektoren ebenfalls beachtenswerte Mitteilungen. In Eisen- und Stahlwerken, in denen größere Stühle unmittelbar im Boden gefertigt werden, riecht sich leider die Verwendung offener Holzfeuer zum Trocknen der Formen nicht immer vermeiden, heißt es im Kasseler Bericht. Außerordentlich verwendet eine Eisengießerei in Großenhain zum Trocknen der im Boden befindlichen Formen einen besonders konstruierten Formtrockenofen der Firma Th. Mungen in Mühlheim-Rhein, bei dem das Trocknen weniger durch die hohe Temperatur als durch den Luftwechsel bewirkt wird, der von einem auf dem Ofen angebrachten, elektrisch angetriebenen Ventilator hervorgerufen wird. Der Ofen ist je nach Bedarf an den verschiedensten Stellen der Formen leicht aufzustellen. Bei Formen bis zu einer gewissen Größe hätte er sich bis jetzt gut bewährt.

Auf dem Gebiete der mechanischen Staubabsaugung, der Vermeidung schädlicher Dämpfe und Gase und der allgemeinen Ent- und Befüllung wurde mit Erfolge weitergearbeitet, meldet der Berliner Bericht: In 221 Betrieben und Betriebsabteilungen seien wiederum Neueinrichtungen geschaffen worden. Ihre Vorteile, auch in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht, würden mehr und mehr erkannt, und ihr Vorhandensein werde zu den Erfordernissen eines fortgeschrittenen und leistungsfähigen Betriebs gekehrt. In einer Maschinenfabrik im Bezirk Düsseldorf, in der die Heizung der Arbeitsräume durch Einblasen erwärmter Luft erfolgt, erregt die Warmluftleitung in jenen Räumen, über den ganzen Arbeitsraum verteilten Rohrleitungen, aus denen die erwärmte Luft etwa in Mannshöhe austritt. Diese Einrichtung ist auch geeignet, im Sommer der Einführung von frischer Luft in die Arbeitsräume zu dienen.

In einem Falle wurde der Berliner Gewerbeinspektor von einem Arbeitgeber um Vermittlung angegangen, als die Arbeiter in den Umständen waren, weil der Unternehmer ihre Forderungen: Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im allgemeinen, Begrößerung und Verbesserung der Kleiderablage und Anbringung geeigneter Waschvorrichtungen ablehnte. Nachdem der Beamte diese Forderungen durchweg als berechtigt anerkannt hatte, erklärte sich der Arbeitgeber zu deren Erfüllung bereit, und die Ausführenden nahmen die Arbeit wieder auf. Bedauerlicherweise mußte jedoch der Arbeitgeber noch durch polizeiliche Verfügung zur Erfüllung seiner Forderung angehalten werden.

Die einfachsten Forderungen der Gesundheitspflege wurden von einem oberbayerischen Bezirk in geradezu kräftiger Leichtigkeit mitgeteilt. Der Berichterstatter für den Reg.-Bez. D. D. P. berichtet nämlich:

Der oberbayerische Industriebezirk wird von der Rawa durchflossen, der die anliegenden Werke ihre Betriebswässer entnehmen. Eine Eisenhütte verband, um von deren unregelmäßigem Wasserstand unabhängig zu sein, die Betriebswässerleitung, die aus der Rawa gespeist wird, mit der Trinkwasserleitung. Beide Leitungen wurden durch einen Schieber voneinander getrennt. Auf diese Verbindung zwischen Trinkwasserleitung und Fußwasserleitung ist der Ausbruch einer Typhus-Epidemie mit 30 Erkrankungen zurückzuführen. Das Rawawasser war stark mit Typhusbazillen verunreinigt, und der eingebaute Schieber zwischen beiden Wasserleitungen hielt offenbar nicht dicht. Für völlige Trennung der Trinkwasserleitung von der Rawawasserleitung ist gesorgt, und außerdem ist die Trinkwasserleitung durch eine neue ersetzt worden.

Bliekrankungen sind im Reg.-Bez. D. D. P. in der Walter Cronachhütte, Erkrankungen an Nierenentzündungen in der Königlich Friedrichshütte verzeichnet. Die Zahl der Bliekerkrankungsfälle beträgt im Berichtsjahre 23 mit 401 Krankheitstagen; bei den Nierenentzündungen sind die entsprechenden Zahlen 6 und 152. Außerdem sind in beiden Hütten 80 Fälle von Magen- und Darmkatarrh mit 1213 Krankheitstagen und 62 Fälle von Rheumatismus mit 1400 Krankheitstagen eingetragen. Die Krankheitsstatistik der Walter Cronachhütte würde schon seit Jahren durch die in ihr beschäftigten Arbeiter in äußerst ungünstig beeinflusst. Diese Leute wechselten fast. Im Jahre 1911 seien 263 Nutzenen angenommen worden und 192 abgegangen, so daß am Schlusse des Jahres 71 zurückblieben. An den 23 Bliekerkrankungen mit 401 Krankheitstagen sind die einheimischen Arbeiter (rund 160) mit 9 Fällen (39,1%) und 163 Krankheitstagen (40,6%), die Nutzenen (rund 60) dagegen mit 16 Fällen (69,5%) und 238 Krankheitstagen (59,3%) beteiligt. Die Empfänglichkeit der Nutzenen für Erkrankungen sei auf ihre geringe Widerstandsfähigkeit infolge schlechter Ernährung und nicht zum mindesten auf ihre große Unsauberkeit zurückzuführen. Mindestens ist es bei ihnen zur Gewohnheit geworden, vor ihrer Rückkehr in die Heimat sich krank zu machen und sich im Bagarett ordentlich verpflegen zu lassen.

Unfälle und Unfallverhütung. Für ein Werk der Groß-eisenindustrie im Bezirk Silbesheim mit 2355 Arbeitern, stieg mit der jüngsten Konjunktur und der stärkeren Produktion die Zahl der Unfälle um 20,8%, nämlich von 265 auf 320. 207 oder 65% der Unfälle entfielen auf die Produktionswerkstätten, in denen die Feuerarbeiter, deren Zahl 538 betrug, 159 Unfälle erlitten. Die Feuerarbeiter waren mit einem Unfall auf 3 Arbeiter einer größeren Unfallgefahr ausgesetzt als die übrigen Arbeiter, von denen 11 auf einen Unfall kamen. Bei den Feuerarbeitern herrschten Querschnitten und Verrenkungen vor (91 Fälle von 159) die sich meistens bei Transportarbeiten ereigneten. In einem Thomaßwerk waren die Unfälle durch Verbren-

nungen auffallend groß; sie betrug 16 von 55 Fällen und betrafen zur Hälfte die Gießgrubenarbeiter. Wenn irgend etwas die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung in der schweren Industrie beweist, dann dieser Einzelfall. Dabei handelt es sich im Silbesheimer Bezirk um ein Werk, das mit verhältnismäßig geringen Arbeitsverhältnissen zu rechnen hat. In den hiesigen und umliegenden der Rheinisch-Westfälischen Industrie sind die Unfallziffern noch viel grauenhafter.

Unfälle kamen auch wieder an den Pressen der Stanz- und Emailierwerke im Bezirk Münster vor. In einem Falle wurde einem 18jährigen Arbeiter die ganze rechte Hand zerquetscht, so daß sie abgenommen werden mußte; in vier anderen Fällen wurden ein oder mehrere Finger zerquetscht oder abgeschnitten. Die Unfälle waren fast immer darauf zurückzuführen, daß die Beschäftigten das unter die Presse gelegte, aber nicht in richtiger Lage liegende Arbeitsstück noch zu fassen suchten, abgleich sie schon die Maschine mit der freien Hand oder dem Fuße eingeklemmt hatten. Da es sich um alte Maschinen handelte, so lassen sich selbstständig wirkende Fingerschutzvorrichtungen nur selten anbringen. Ein Unternehmer in Düsseldorf erhielt 50 Mkt. Geldstrafe, weil er fahrlässigerweise die Andrückvorrichtung einer Bohrmaschine nicht in Ordnung gehalten hatte, was die Verletzung eines Arbeiters zur Folge hatte.

Die Ueberlastung der Sicherheitsventile der Dampfessel gibt den Gewerbeinspektoren immer wieder Veranlassung zu Beanstandungen. In einem Gewerbeaufsichtsbezirk des Reg.-Bez. B. W. B. waren während der Ueberlastung von Sicherheitsventilen festgestellt. Zwei Fälle waren darauf, daß gegen die Heizer oder Maschinenisten das Strafverfahren eingeleitet werden mußte. Bei der Besichtigung einer Getreidemühle fand der Gewerbeinspektor die Dampfesselanlage in einem Zustand, der die Möglichkeit einer baldigen Explosion bot. Im Kessel war so wenig Wasser, daß es im Wasserstands Glaß nicht mehr zu sehen war. Das Speisewasser arbeitete derart mangelhaft, daß das Wasser aus dem Kessel in die Speiseleitung zurückströmte; der Rost war frisch beschickt, das Manometer zeigte 8 Atmosphären Ueberdruck, der Heizer befand sich wieder im Kesselhause noch in dessen Nähe. Der Gewerbeinspektor ordnete die sofortige Außerbetriebsetzung des Kessels bis zur Ausbesserung der Speisevorrichtungen an. Die mangelhafte Wartung der Kesselanlage war auch hier wieder die Folge des so oft geübten Verfahrens, den Heizer ständig zu Nebenarbeiten heranzuziehen, die ihn auf längere Zeit vom Kessel fernhalten. Der Besitzer der Mühle und der Heizer wurden zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt.

Ähnlich äußert sich der Mindener Bericht; darin ist zu lesen:

„Verhältnismäßig häufig mußte gegen Heizer und Arbeiter von Dampfesseln wegen Ueberlastung des Sicherheitsventils eingeschritten werden; in einem derartigen Falle wurden ein Betriebsinhaber zu 150 M. und sein Sohn zu 100 M. verurteilt.“

Daß der ungeheuren, gesundheitsschädigenden Staubentwicklung in den Gußbuckereien der Eisengießereien wirksam zu begegnen ist, beweist folgende Mitteilung aus dem Bezirk Marienwerder. Dort heißt es: „In einer neuerbauten Eisengießerei sind neben allgemeiner guter Anlage die Schmirgelmaschinen der Buckerie, namentlich aber auch die Nützlichkeits für größere Gegenstände, an eine von der Firma Guttman in Altona-Dittensen gelieferte Staubabsaugung angegeschlossen worden. Die Wirkung ist sehr befriedigend: die noch wenig eingeführte Staubabsaugung an Pustischen kann daher empfohlen werden. Eine andere große Eisengießerei hat die Aufgabe, größere Gußstücke mittels eines freien Sandstrahls zu puzen, sehr gut gelöst. Die Stücke werden bequem auf einem Pustisch innerhalb einer Kammer gelegt, die auch nach dem den Strahlapparat fühlenden Arbeiter hin durch eine Glaswand möglichst abgeschlossen wird. In der gegenüberliegenden Wand der Kammer wird der Staub durch einen breiten Trichter mittels kräftigen Exhaustors so gut abgelaugt, daß der Arbeiter vollkommen vor Staub geschützt ist.“

Wie leichtfertig manche Unternehmer über die Arbeiterschutzvorschriften denken, dafür bringt der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Trier — dem Reichs Dr. H. Zilles — einen interessanten Beleg.

„... in Gegensatz zu dem Widerstreben, das sonstigen Schutzvorschriften immer noch oft entgegengebracht wird, und das einen bezeichnenden Ausdruck fand in einem Ausbruch des Direktors eines großen Werkes, der, nachdem sich in seinem Betriebe jochen ein tödlicher Unfall ereignet hatte, der Forderung einer Schutzvorrichtung in einer anderen Betriebsabteilung die Worte entgegenstellte: Je mehr dagegen getan wird, um so mehr Unfälle kommen vor.“

Wie der Feuerung bzw. der strahlenden Ausnahrung der Konjunktur durch den Handel wirksam entgegengetrickt werden kann, dafür erbringt der Berichterstatter für den Bezirk Frankfurt a. O. einen interessanten Beleg; er schreibt:

„Zur Verringerung der Lebensmittelteuerung hatte der Magistrat in Kottbus am Herbst des Jahres 1911 einen eigenen Verkauf von Kartoffeln, Weiskohl und Seebohnen an Minderbemittelte eingerichtet. Es wurden etwa 3000 Zentner Kartoffeln und 200 Zentner Weiskohl verkauft. Infolge der Einrichtung gingen am Orte die vorher zu fast unerreichbarer Höhe gestiegenen Preise dieser Nahrungsmittel erheblich zurück, beispielsweise bei Kartoffeln von 5 M. auf 3,20 M. für den Zentner.“

Ueber die Arbeiterorganisationen sind im Bericht der preussischen Gewerbeaufsicht eine Anzahl beachtenswerter Ausführungen enthalten. Der Berichterstatter für den Bezirk Frankfurt a. O. spricht sich bei Gelegenheit der Untersuchung der Frage, ob und in welchem Umfange eine verbotswidrige

Mitgabe von Arbeit nach Hause vorkomme, folgendermaßen aus:

„Bei Beurteilung der Gelegenheit muß berücksichtigt werden, daß eine regelmäßige Aufsichtstätigkeit über die Durchführungen der Bestimmungen kaum möglich ist. Zuweilen werden im allgemeinen wohl nur durch Anzeigen aus Arbeiterkreisen zur Kenntnis der Aufsichtsbeamten gelangen. Angesichts des bedeutenden Einflusses der Arbeiterorganisationen im Bezirk ist außerdem damit zu rechnen, daß die organisierten Arbeiter die Durchführung dieser Bestimmungen hier ebenso scharf überwachen werden, wie das bezüglich anderer Gesetzesvorschriften schon bislang geschah. So wird wohl auch hier im Wege der Selbsthilfe aus der Arbeiterschaft dem Gesetze gebührende Beachtung verschafft werden.“

Und der Beamte für den Bezirk Düsseldorf bemerkt zur gleichen Frage: „Immerhin wird man die Kontrolle durch die Organisationen als ein wesentliches Hilfsmittel zur Durchführung des Gesetzes ansehen müssen.“ — Der Berichterstatter für den Bezirk Erfurt glaubt zwar konstatieren zu müssen: Die organisierten Arbeiter machen den Arbeitgebern mancherlei Schwierigkeiten. Zugleich muß er aber auch zu gestehen:

„Andererseits wird von den Arbeitgebern anerkannt, daß die Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaften sich zuweilen vorteilhaft bemerklich gemacht habe, z. B. bei Verhandlungen mit den Organisationen zum Zwecke über Neuansstellung von Tarifverträgen.“

Wie nach dem Urteil des Berichterstatters für Frankfurt a. O. die Gewerkschaften erfolgreich an der Durchführung der sozialen Gesetzgebung mitarbeiten, so suchen sie auch im übrigen sozialpolitisch wertvoll zu wirken. So hebt der Beamte für den Bezirk Kassel hervor:

„Wie das Streben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet ist, so sucht sie auch die Nacharbeit, soweit dies technisch möglich ist, einzuschränken.“

Und sonst enthalten die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten mehrere Mitteilungen, so inbezug auf die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, usw., die recht geeignet sind, bezüglich der Gewerkschaften doch einen günstigeren Eindruck zu erwecken, als er bislang noch üblich ist.

So enthalten denn die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten eine ganze Menge beachtenswerter Hinweise, die sich unsere Kollegen an allen Orten gut merken mögen. In einem weiteren Artikel werden wir uns noch mit den Ausführungen beschäftigen, die hinsichtlich der Arbeiterinnen, der jugendlichen Arbeiter und der Lehrlinge gemacht werden.

Aus der Metallindustrie im Wadener Bezirk.

I.

Der Anfang September dieses Jahres erschienene Bericht der Wadener Handelskammer für das Jahr 1911 enthält manches, auch für unsere Metallarbeiterchaft wichtige Material. Nach dem Bericht fand Blei, welches zu Beginn der Berichtszeit noch mit großen Beständen zu rechnen hatte, nach und nach günstigen Absatz. Der Preis pro 100 Kilo betrug bis zur Hälfte des Jahres 26 Mark, er stieg dann Ende Juli auf 28, im August auf 29, im September auf 30, im Oktober auf 31 Mark und erreichte Mitte November den Höchststand von 31,75 Mark. Der Preis erfuhr dann eine kleine Abschwächung und das Jahr schloß mit 31 Mkt. Der Durchschnittspreis betrug 27,92 Mkt. gegen 26,16 Mkt. im Vorjahre. Die Vorräte haben abgenommen. Zurückgeführt wird das auf Australien. Dieses wichtige Bleierzeugungsland sei durch Streiks und Naturgewalten in seiner Förderung sehr gehemmt gewesen und habe sehr wenig Blei nach Europa abzugeben gehabt. Das im hiesigen Bezirk hergestellte Blei wurde zum weitaus größten Teil im Rheinland abgesetzt. Kleinere Mengen kamen zur Ausfuhr, hauptsächlich nach Holland, Belgien und der Schweiz.

Auf dem Rohzinkmarkt lagen die Verhältnisse im allgemeinen günstig. Der Preis bewegte sich fast durchweg in einer für dieses Metall ungewöhnlichen Höhe. Doch unterlag er vielen Schwankungen. Von 49 Mkt. zu Anfang des Jahres sank der Preis bis auf 45,50 Mkt. zu Ende Februar. Der März brachte einen Stillstand, dann stiegen die Notierungen wieder bis Anfang August auf 50 Mkt. Mitte September war der Höhepunkt erreicht bei 55,50 Mkt. Im Oktober trat ein Rückschlag auf 52,75 Mark ein und am Jahreschluss stand der Preis wieder auf 53,25 Mkt. Der Jahresdurchschnittspreis betrug 50,30 Mkt. gegen 46 Mkt. im Vorjahre. Das erzeugte Rohzink wurde hauptsächlich in Rheinland und Westfalen abgesetzt. Kleine Mengen wurden nach England, Skandinavien und Italien ausgeführt.

Das Silber wies große Preisschwankungen auf. Der Durchschnittspreis betrug 72,63 Mkt. gegen 72,85 Mkt. im Vorjahre.

In Eisen war der Geschäftsgang ein recht zufriedenstellender. Bei Stabeisen war die Nachfrage lebhaft. Eisenbahnmaterial und Formeisen wiesen eine Zunahme in der Beschäftigung auf, jedoch nicht in der wünschenswerten Weise wie in früheren Jahren.

Die Corrosion von Kupfer- und Eisenlegierungen an der Luft und durch salzhaltige und lufthaltige Wässer.

Unter Corrosion eines Metalles versteht man im allgemeinen die Erscheinung, daß eine teilweise Auflösung stattfindet, die einen leichten Zerfall zur Folge hat. Dies ist eine solche Corrosion mit einer Zustandsänderung des betreffenden Metalles verbunden, die herbeigeführt wird durch die Stoffe, welche die Corrosion bedingen. Da die Erscheinung der Corrosion metalltechnisch wichtig ist, möchte ich an einigen interessanten Beispielen ihr Wesen erläutern und zwar in Bezug auf Kupfer- und Eisenlegierungen.

Im Jahre 1898 teilte Diegel in der Marine-Rundschau die Beobachtung mit, daß Mitter einer zinkreichen Kupferlegierung, die 6—8 Monate im Meerwasser gelegen hatten, ihre Festigkeit praktisch verloren hatten. Das Zink war durch das salzige Meerwasser völlig ausgelaugt, inselgebeissen war natürlich der Zusammenhang der einzelnen Metallstücke so stark gelockert, daß das ursprünglich als Zink-Kupferlegierung vorhandene Metall zwischen den Fingern zerbrechen werden konnte. Diese Beobachtung veranlaßte Diegel zu interessanten Versuchen, wie erwähnt nur den einen in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ 1904 mitgeteilt. Ein Stück geschmiedeter Eisenbronze (7% Kupfer, 42% Zink, 0,51% Eisen) wurde zur Ausschaltung elektrischer Ströme isoliert aufgehängt. Nach Verlauf von 12 Monaten konnte eine Gewichtsunnahme von 4,69 pro 1 Quadratdezimeter wahrgenommen werden, ohne daß auffällige Veränderungen beobachtet worden hätten. Die Oberfläche war noch glatt, die Farbe rötlich. Die näheren Untersuchungen ergaben aber, daß das Zink vollständig hätte herausgelöst werden können, indem sich Kupfer-Sauerstoffverbindungen hatten bilden lassen.

werden, vielen bei den geschiederten Vorgängen elektrische Erscheinungen eine bedeutende Rolle trotz der scheinbaren Isolierung, die Diegel in Anwendung brachte.

Der hohe Salzgehalt des Meerwassers erklärt die Zerlegung leicht. Man beobachtet aber die Corrosion auch bei Frischwasserlösungen. Viele Installateure benutzen verzinkte Eisenrohre für Wasserleitungen, trotzdem sich oft die Alkalinität bemerkbar macht, daß die Rohre röhren und das Wasser stark eigenartig ist. Die Ursache dieser Corrosion möchte ich kurz erläutern. Einmal greift lufthaltiges Wasser, zumal wenn es noch saure Salze gelöst enthält, Zink stets an, wie sich leicht experimentell nachweisen läßt. Sodann tritt an der Sauerstoffstelle von Zink und Eisen ein elektrischer Strom auf. Ist nun die Verzinkung teilweise eine schwache, so werden durch den elektrischen Strom elektrische Erscheinungen bedingt, das Eisen wandert in das Wasser, die Rohre selbst wird corrodirt. Verzinkte Eisenrohre sind für Wasserleitungen meistens unbrauchbar. Daß Zink aus Legierungen durch Frischwasser ausgekocht wird, beobachtete schon Aberson, der im chemischen Werkblatt 1907 diesbezügliche Mitteilungen machte.

Die herrliche Patina, welche wir an alten Statuen bewundern, ist die Folge der Zerküderung des Bronzemetalls an der Oberfläche durch natürliche Einflüsse. Wenn wir in allgemeinen die Entstehung auch nicht eine Corrosion nennen können, so führt sie doch, wie wir zeigen wollen, oft zu dieser. Wenn wir ein Stück blankes Kupferblech oder Bronze in eine trockene Kohlenäureatmosphäre bringen, so beobachten wir selbst nach Jahren keine Veränderung. In einer sauren, kohlenstoffhaltigen Luft bemerken wir dagegen schon nach wenigen Tagen eine Veränderung, das Metall verliert sich oberflächlich, reines Kupfer z. B. nimmt eine eigentümlich hellgelbe Farbe an, die sich bei weiterer Einwirkung der Luft weiter ausbreitet.

Kupfer-Sauerstoffverbindungen hat. Auf diese wirkt dann die Kohlenäure ein und es bildet sich der grüne Ueberzug von basisch-kohlenstoffsaurem Kupfer, den wir als Chloret oder Patina bezeichnen. Je langsamer die Bildung vor sich geht, um so fester ist die Decke, um so mehr schützt sie das unter ihr liegende Metall vor weiteren Einflüssen. Ein absoluter Schutz ist nie vorhanden. Die Bronzen auf den freien Flächen unserer Großstädte zeigen bekanntlich auf der Westseite die Patina. Diese ist dem Regen ausgesetzt, der natürlich das auflagernde Kupfersalz, wenn auch nur in geringem Maße, auskocht. Ungemächlich kann man dieses nicht wahrnehmen, weil die Patina sich immer Neubildet. Gewichtsanalytisch hat man die Tatsache bei kleinen Bronzen, die verschiedenen aufgestellt wurden, festgestellt.

Biel bedeutungsvoller für unsere Bronzen sind aber die durch andere Gase bewirkten Corrosionen. Die in ruffigen und rauchigen Stadtteilen aufgestellten Bronzen besitzen selten eine glatte, schöne Patina, meistens ist die Oberfläche rauh, schwarzlich, unansehnlich. Die Corrosion ist sofort äußerlich wahrzunehmen, sie beruht darauf, daß stark ätzende, gasförmige Säuren, vornehmlich schwefelige Säure aus Hütten- und Fabrikshöfen das Metall zerfressen. Die leicht löslichen Metallsalze werden ausgewaschen und in den Poren fest sich der feinen verteilte Ruß ab. Als Beispiel hierfür möchte ich vornehmlich die Bronzestatuen im Zentrum Londons anführen. Diese sind meistens schwarz und unansehnlich, während die in den Gärten der Vorstädte aufgestellten eine schöne grüne Patina besitzen.

Aus diesen Mitteilungen geht also hervor, daß die als Bronzen bezeichneten Kupferlegierungen stets der Corrosion ausgesetzt sind, daß die Stärke derselben aber wesentlich beeinflusst wird durch die Zusammensetzung der Atmosphäre.

Die Eisengießereien waren voll beschäftigt. Sie stehen mit den belgischen Betrieben in scharfer Konkurrenz. Von letzteren sagt der Bericht, daß sie bedeutend billigere Formelöhne und Rohmaterialienpreise hätten. An tüchtigen Arbeitskräften, gelernten Formern und Fuher. sei im Nacher Bezirk nach wie vor Mangel zu verzeichnen.

Wer trägt aber hieran die Schuld? Doch nur die Gießereibetriebe selbst. Auf Ausbittung und gute Bezahlung wird kein Wert gelegt. Würden die Nacher Gießereibetriebe, anstatt daß jedes Jahr kleinere Betriebe hinzukommen, sich einige modern eingerichtete Betriebe schaffen, sie könnten sicher dann auch die Konkurrenz mit den belgischen Gießereien aufnehmen. Auch erhält man mit Löhnen von 30—32 Pfg. die Stunde keine tüchtigen Hilfsarbeiter und Fuher. Tüchtige Former sind auch nur bei guten Löhnen zu erhalten.

In Maschinenbau und Metallfabrikation war nach dem Bericht die Beschäftigung durchweg eine befriedigende und gute. Jedoch habe auch hier ein scharfer Wettbewerb bestanden. Die Rohstoff- und Halbfabrikatspreise zogen nicht unwesentlich an. Zu ihrem Bezuge sei zum Teil das Ausland in Anspruch genommen worden, da das Inland nicht genügende Qualitäten liefern konnte. Auch der Zusammenstoß einiger inländischer Interessengruppen habe den Auslandsbezug notwendig gemacht. Die laufenden Handelsverträge seien für die Maschinenindustrie erschwerend. In Bezug auf die Arbeiterverhältnisse heißt es dann: „Verb. Einstellungen fanden nicht statt, doch machte sich der Einfluß der Gewerkschaften ungünstig bemerkbar. Freiwillige (?) Lohnzulagen wurden mehrfach zuerkannt.“ — Nur schade, daß die Arbeiter von diesen angeblichen „freiwilligen“ Lohnzulagen so viel wie gar nichts gemerkt haben.

Die Dampfkesselfabrikation klagt über die zunehmende Verwendung von Gaskraftmaschinen auf den Schiffen und Kohlenzügen, verbunden mit der elektrischen Kraftübertragung, welche manche Dampfkesselanlage überflüssig macht. Auch die Konkurrenz der Wasserröhre- und Stielröhrenkessel wird, da im Bezirk hauptsächlich Großwasserröhrenkessel als Spezialität in Frage kommen, sehr beklagt. Die Geschäftslage im Waggonbau war, wie schon in den Vorjahren, unerfreulich. Die Arbeitsaufträge der preussischen Staatsbahnverwaltung waren etwas größer, dagegen seien die Preise infolge der Steigerung der Rohmaterialienpreise weiter gesunken. Beklagt wird weiter, daß die ausländischen Absatzgebiete sich immer mehr mit Zollschranken umgeben.

Der Absatz in Luxuswagen habe sich gehalten. Der Absatz nach dem Ausland habe jedoch fast ganz aufgehört, hauptsächlich wegen der äußerst ungünstig wirkenden Handelsverträge. Die Einfuhr von Karosserien nach Deutschland wurde dadurch geradezu erleichtert. Der Kraftfahrzeugbau bezeichnet den Geschäftsgang als befriedigend. Der Verkauf an Automobilfahrern sei geliegen. Bei einer internationalen militärischen Prüfungsfahrt in Rußland, an der die besten deutschen, englischen, schweizerischen, französischen, italienischen und österreichischen Firmen beteiligt waren, hat sich das Nacher Fabrikat als durchaus zuverlässig erwiesen. Besonders wird dann aber über den hohen amerikanischen Zoll geklagt. Der amerikanische Zoll von 45% steht dem deutschen Zoll von noch nicht 2% vom Wert gegenüber. Solland erhöhte den Zoll auf Lastwagen um über 50%. Australien hat ebenfalls die Zollgefälle bedeutend erschwert.

Die Beschäftigung der Elektrizitätsindustrie war fortgesetzt eine gute. Beklagt und befürchtet wird, daß es den Großfirmen immer mehr gelingt, die Industrie zu monopolisieren. Wenn die Regierung nicht bald eingreife, dürfte die Elektrizitätsindustrie bald dem amerikanischen Trustsystem entgegenreifen.

Neues zur Monopolfrage.

Schon des öfteren nahmen wir Gelegenheit, an dieser Stelle die zunehmende Tendenz der großkapitalistischen Betriebe zur Monopolbildung zu beleuchten. Durch Fusionen, Beteiligung oder Kartelle kommen Monopole zu Stande. Verschiedene Gebiete unseres Wirtschaftslebens sind ganz oder nahezu monopolisiert. Die Kohlenproduktion durch die Kartellierung, das Kohlenyndikat; die Elektrizitätsindustrie durch Zusammenlegung und Aktienbeteiligung. Wir unterscheiden private und staatliche Produktionsmonopole und ebensolche Handelsmonopole. Von der größten Gefahr für unser Wirtschaftsleben sind die privaten Monopole, das sind solche, die sich in der Hand von irgend welchen Privatpersonen befinden. Sie bergen alle die Gefahr der Ausbeutung der Konsumenten in sich. Wir haben am Kohlenyndikat gesehen, daß es seine ganze Preispolitik lediglich nach dem Gesichtspunkte der höchsten Rente einrichtet — die Volkswirtschaft, der kleine Konsument muß Preise bezahlen, die allein in dem Monopol begründet sind. Deshalb fordern wir immer und immer wieder ein Eingreifen des Reiches zum Schutze der Konsumenteninteressen. Das Kohlenyndikat hat ein tatsächliches Produktionsmonopol, eben so schädlich wie ein solches ist natürlich ein Handelsmonopol, besonders wenn es mit ersterem noch verbunden ist.

Man kann darüber im Zweifel sein, ob staatliche Monopole zu begrüßen sind oder nicht, — das eine ist sicher, den privaten sind sie vorzuziehen, so lange nicht wenigstens Kartellen geschaffen sind, um die volkswirtschaftlichen Schäden dieser zu vermeiden. Die große Gefahr eines staatlichen Monopols kann in der Schwerfälligkeit der Betriebsführung liegen, im Vergleich zu der ein oder mehrere private Betriebe billiger und besser arbeiten — das ist die technische Seite; in finanzpolitischer Hinsicht kann es zu einer Steuererschau ohne Ende werden; wenn Geld nötig ist, werden einfach die Preise für den monopolisierten Artikel erhöht. Einen berechtigten Zweck, der ja an und für sich wohl in der finanziellen Lage eines Landes begründet sein kann, verfolgt die Reichsregierung mit der geplanten Einführung eines Handelsmonopols für Petroleum offenbar nicht; wenn auch der für das Reich abfallende Gewinn sicherlich nur angenehm empfunden wird.

Der Hauptzweck ist der Schutz der Konsumenten. Ist ein solcher gerechtfertigt? Bereits 1911 fragte der Reichstag beim Bundesrat an, ob es nicht möglich sei, den deutschen Verbrauch vor dem drohenden Monopol der Standard Oil-Company, des amerikanischen Petroleumtrusts, zu schützen. Da Deutschland keine Erdölquellen hat, so sind wir mit der Versorgung ganz auf das Ausland angewiesen. Als Länder, von denen wir das Petroleum beziehen können, kommen in Betracht: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Oesterreich (Galizien) und Rumänien. Die einschneidenden

Vänder sind allerdings in ganz verschiedenem Verhältnis an der Einfuhr beteiligt. Den weitaus größten Teil des in Deutschland verbrauchten Petroleums liefern von jeder die Vereinigten Staaten von Nordamerika: (1911 742 252 To., dagegen Oesterreich-Ungarn 142 937, Rumänien 48 631, Russland 16 093 To.) Nun ist in Amerika die ganze Petroleumproduktion und der ganze Petroleumhandel abhängig vom sog. Petroleumtrust. Dieser, mit Rockefeller an der Spitze, hat es durch alle möglichen Mittel erreicht, daß er ein fast unbeschränktes Monopol hat. Weil dieser Trust nun ein tatsächliches Monopol ausübt, wurde er von den amerikanischen Gerichten verurteilt, sich aufzulösen, da Monopole in den Vereinigten Staaten gesetzlich unzulässig sind. Der Trust hat sich dann in der Folge auch in eine Anzahl von Untergesellschaften aufgelöst — es zweifelt aber niemand daran, daß diese wieder unter einer einheitlichen Leitung stehen. Bei der überragenden Bedeutung, die der Trust hat, ist er natürlich der Lieferant des von Deutschland aus Amerika bezogenen Erdöls. Um den deutschen Markt noch abhängiger von ihm zu gestalten, als er tatsächlich schon ist, hat er bei uns eigene Verkaufsstellen errichtet und mit einer anderen deutschen Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen. Wir haben nur zwei Petroleumgesellschaften, die noch unabhängig vom Trust sind. Die aus den anderen Ländern bezogene Erdölmenge ist ein Verhältnis zu der aus Amerika bezogenen sehr gering.

Diese Abhängigkeit des deutschen Marktes verbunden mit der Politik des Trusts, die noch selbständigen Gesellschaften in seine Fingerringe zu ziehen, bergen für Deutschland schwere Gefahren. In zweifacher Hinsicht: Der Trust könnte dann rückwärtslos seine Preise diktiert — der deutsche Konsument müßte sie ohne Widerspruch zahlen. Bisher waren der amerikanischen Gesellschaft doch gewisse Schranken auferlegt durch die Konkurrenz der anderen Gesellschaften; die Preise mußten sich deshalb auf einer mittleren Linie bewegen. Bei einem tatsächlichen Monopol fielen diese Regelungen weg. Der deutsche Kleinhändler ist bereits durch den Petroleumtrust schwer getroffen worden dadurch, daß dieser, wenigstens in den größeren Städten, auch den Kleinvertrieb mit Tankwagen übernommen hat — im Falle eines Monopols würde er ganz ausgeschaltet werden.

Wie ist nun diesen drohenden Mißständen abzuwehren? Die Reichsregierung schlägt ein Handelsmonopol vor und zwar ein Großhandelsmonopol. Es darf also niemand vom Ausland mehr Petroleum einkaufen und solches im Inland im großen absetzen, als die vom Reich bestimmte Stelle. Da man die vorhandenen Gesellschaften nicht einfach aufheben kann, müssen sie abgelöst werden. Bereits sind darüber Zweifel entstanden, ob ein derartiges Monopol überhaupt möglich ist. Die erste Voraussetzung ist, daß die Erdölproduzenten, die nicht in Abhängigkeit vom Trust stehen, genügt, evtl. den ganzen nötigen Bedarf liefern können. Wenn auch keineswegs geplant ist, den amerikanischen Trust bei der Lieferung auszuschalten, so werden die anderen Gesellschaften durch höhere Aufträge doch gestärkt werden. Die Gefahr besteht nun zweifellos, daß der Trust, der die Macht seinen Händen entgegen sieht, Repressivmaßnahmen ergreift — vielleicht Deutschland boykottiert. Was dann? Die Regierung hat die aufsteigenden Bedenken zu beschwichtigen gesucht, indem sie sagte, daß die Vorverhandlungen mit verschiedenen Firmen des Auslandes zu befriedigenden Resultaten geführt hätten und sie betont, wohl auch um den aufkommenden Widerstand des Trusts zu brechen, daß dieser nach wie vor als Lieferant in Betracht komme. Die demnächst einsetzenden Reichstagsverhandlungen werden wohl über diesen Punkt noch weitere Klarheit bringen.

Das Monopol soll nur das Leichtpetroleum umfassen — Benzin und anderes Öl fällt also nicht darunter. Als Inhaber des Monopols ist nun nicht das Reich gedacht, sondern es soll eine besondere Aktiengesellschaft unter Aufsicht des Reiches gegründet werden, welcher das Monopol übertragen werden soll. Man hat diesen Weg vorgeschlagen, der übrigens in der Reichsbank seine Parallele hat, weil der Petroleumhandel ein stark spekulatives Moment an sich trage und weil man den Deamentenapparat nicht noch zu vergrößern wünsche. Die Aktiengesellschaft soll ein Kapital von 60 Mill. Mark erhalten, die unter ein Konsortium von Banken verteilt werden. Unter diesen hat sich bereits eine recht unerwartliche Streit wegen des Vorranges abgepielt, der aber jetzt beigelegt zu sein scheint. Für das laufende Publikum ist es natürlich vom größten Interesse, daß das Reich einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft behält; denn sonst könnte dieses Monopol noch schlimmer werden wie das andere; Die Konzeptionsbauer der A.-G. ist auf 80 Jahre bemessen — sie kann aber jederzeit schon früher aufgehoben werden, falls sich erhebliche Mißstände herausbilden sollten. Ein sehr wesentlicher Punkt ist natürlich die Preispolitik. — Die Regelung ist, soweit sich aus dem bisher Veröffentlichten schließen läßt, folgendermaßen gedacht: Durch Gesetz wird eine obere Grenze bestimmt, — wird diese von der Aktiengesellschaft überschritten, so darf sie nur eine durchschnittliche Verzinsung des Aktienkapitals als Gewinn erzielen. Bleibt dagegen der Preis unter dieser Grenze, so darf sich der Gewinn erhöhen und erhöht sich weiter, je niedriger der Preis angesetzt ist. Die Aktiengesellschaft hat also ein Interesse an möglichst niedrigen Preisen — hat also das gleiche Interesse wie der Konsument. Ein ständiger Regierungskommisär überwacht die gesamte Geschäftsführung. Ich habe schon oben gesagt, daß das Reich keine Konsumentenbesteuerung mit dem Monopol bezweckt, — es partizipiert nur an dem Gewinn, der über die normale Verzinsung des Aktienkapitals hinausgeht, mit 80 Proz., der Gesellschaft bleiben also 20 Proz.

Der Reichsanteil soll nun nicht zu allgemeinen Staatszwecken verwendet werden, sondern für den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung.

Der Plan der Regierung hat in weiten Kreisen ein freudiges Echo geweckt. Auch der Arbeiter hat guten Grund, ihm zuzustimmen. Er darf erwarten, daß durch das Monopol die Preise fallen und das kommt ihm gerade so zu Gute, wie jedem anderen Konsumenten; vom sozialen Standpunkt aus darf er es ebenfalls begrüßen: Das Reich erhält zwar nicht den ganzen, aber immerhin einen Gewinn (vielleicht nimmt der Reichstag gerade in diesem Punkte einige Veränderungen der Vorlage zugunsten des Reiches vor) und diesen verwendet es für soziale Zwecke; endlich begrüßen wir diesen Schritt der Reichsregierung als symptomatisches Zeichen, das uns den „Schutz der Konsumenten“ auch auf anderem Gebiet erhoffen läßt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Unser Dresdener Gewerkschaftskongress

wird andauernd in der ganzen deutschen Presse besprochen. Die verschiedenen Urteile lassen meist den tiefen Eindruck erkennen, den die Tagung auf die weitesten Kreise, namentlich diejenigen, die der Arbeiterbewegung Interesse entgegenbringen, gemacht hat. Diese Tatsache ist wieder soq. *„unus pro omnibus, omnes pro uno“* und zeigt, daß christlichen Gewerkschaften in unserem gesamten Volks- und Gesellschaftsleben empfunden wird.

Wir geben nachstehend die markantesten Stellen aus einer eingehenden Besprechung wieder, welche die „Soziale Praxis“ (XXII/3), das bekannte Organ hervorragender sozialer Institutionen, dem Dresdener Gewerkschaftskongress widmet. Die betreffenden Stellen befinden sich in der Einleitung und am Schluß der Besprechung.

„Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands gewährt auch in dem äußerlichen Auftreten ihrer Delegierten einen überzeugenden Eindruck von der erfolgreichen sozialen Hebung der Klasse und von den weitreichenden Fortschritten unserer Massenzivilisation. Noch erkenntlicher war das Bild, das die Kongreßverhandlungen von der geistigen Hebung des Industriearbeiterstandes, von den intellektuellen Fortschritten und der „politischen Erziehung“ dieser Fundamentalschichten unserer Nation boten. Ueberall der Eindruck einer tüchtigen Schulung der Kongreßmänner und -frauen, nicht bloß im Reden und gewerkschaftlichen Denken, sondern auch in staatsbürgerlicher allgemeinvolkswirtschaftlicher Betrachtung der Erscheinungen; eine besondere Würdigung der Realitäten des Lebens und Wirtschaftens, manchmal fast allzu besonnen, sodaß der Geist bedachter Mäßigung die Heilkraft der Kritik und die Frische bahnbrechender Entschlüsse bei einzelnen Rednern mehr als nötig zu dämpfen schien. Von Radikalismus, zumal von solchem, der keine Verantwortung für das, was er proklamiert, kennt, war auf diesem Dresdener Kongress nichts zu spüren. Ebenso wenig aber fehlte da, wo es darauf ankam, der energische Wille zur Verwirklichung des für Recht Erkannnten. Das programmatische Bekenntnis des Generalsekretärs Stegerwald in der Frage des sogenannten „Gewerkschaftsstreites“ war von hinreichender Kraft, die den Geist der Einheit von Katholiken und Evangelischen in der christlichen Gewerkschaftsarbeit neu beleuerte. Und die Grenzmarkierung gegenüber der Sozialdemokratie und den Selben erfolgte ebenfalls in nachdrücklicher Schärfe. Auch die Abfertigung der „neuen Richtung“ in der Sozialwissenschaft, die den Gewerkschaften ihre Überlässigkeit, ja Schwäche nicht nur theoretisch, sondern auch mit empirischen Beweismitteln klar zu machen suchte, war wohl zwingender Kraft und gab zugleich ein überaus überzeugendes Zeugnis von der gründlichen volkswirtschaftlichen Ausbildung der Männer, die der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aus seinen Reihen für diese Auseinandersetzungen zu stellen in der Lage ist. Alles in allem, ein Kongress, mit dessen Verlauf die Veranstalter zufrieden sein können und dessen guter Eindruck auf die Deutschtätigkeit nicht ohne praktischen Gewinn für die christliche Gewerkschaftsarbeit bleiben wird. . . . Große Arbeit hat der Kongress geleistet und zu neuer reicher Arbeit Wege gewiesen und frische Energien geweckt. Ueber all dem aber steht die bedeutungsvolle Tatsache, daß der Wille zur interkonfessionellen Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung auf christlich-nationalen Boden unerschütterlich verankert worden ist. Wir werden den Rüttschour halten“, so schloß der Gesamtverbandsvorsitzende Schiffer unter stürmischen Beifall den Kongress. Und er setzte mit berechtigter Freude hinzu: „Das war ein Gewerkschaftskongress, wie er sein muß.“

Ueber die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911

beröffentlicht das „Zentralblatt“ in Nr. 21 eine äußerst beachtenswerte statistische Uebersicht. Daraus ist zu ersehen, daß die durchweg gute Wirtschaftslage im Jahre 1911 auch in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck gekommen ist. Allgemein betrachtet haben die Gewerkschaften ein erfolgreiches Jahr hinter sich, der Organisationsgedanke ist unanfechtbar weiter vorgedrungen. Mit Ausnahme der Hirsch-Duncker'schen Richtung, die seit Jahren schon stagniert, haben die gewerkschaftlichen Organisationen die Zahl ihrer Mitglieder wieder wesentlich vermehrt. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als im Jahre 1911 keine die ganze Arbeiterchaft aufrüttelnden Nierenkämpfe, wie 1910 im Bergwerbe und in der Textilindustrie, geführt wurden. Gewiß hat es nicht an Bewegungen und Kämpfen gemangelt, aber Konflikte, die über den Kreis der Beteiligten hinaus die gesamte Arbeiterchaft und die Deutschtätigkeit in Spannung setzen konnten, waren keine zu verzeichnen. Trodem ein Aufschwung, der den des Jahres 1910 weit übertrifft.

Im Jahresdurchschnitt verzeichnen die sozialdemokratischen Gewerkschaften (Correspondenzblatt Nr. 32, Statistische Beilage Nr. 7, 1912), eine Zunahme von 303 688, oder 15,05%, die christlichen Gewerkschaften eine solche von 45 828 oder 15,53%, die Hirsch-Duncker'sche eine Zunahme von 14 828, die unabhängigen und lokalen Berufsvereinigungen eine Zunahme von 23 082. Nur sind die Angaben der letztgenannten Vereine teilweise mit größter Vorsicht aufzunehmen, da sie wenig sichhaltig und äußerst lückenhaft sind.

Dem weiteren Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in 1911 ist aber auch die Tatsache gegenüber zu stellen, daß die Arbeitgeberverbände ebenfalls gleichfalls Fortschritte gemacht haben, sowohl in ihrer Ausbreitung wie in ihrem inneren organisatorischen Ausbau. Die Zahl der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter stieg von 4 027 440 in 1910 auf 4 378 275 in 1911. Eine Zahl, die die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland übertrifft. Gilt man noch daneben, daß die Arbeitgeberverbände ihre inneren Einrichtungen und Kampfsmittel, wie Arbeitsnachweise, Streitvermittlung unablässig ausbauen, wie sie andererseits mit verstärktem Nachdruck die gesetzliche Sozialreform zu beeinflussen suchen, so ergibt sich für jeden auf den ersten Blick, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung noch keine Zeit hat, stille zu stehen und die Hände in den Schoß zu legen. Es gilt, unermüdet weiter zu arbeiten, wenn wir kein Terrain verlieren und allen Berufsgruppen eine erträgliche Stellung im Arbeitsvertrag erringen wollen. Daran unablässig, mit Ausdauer und Laikraft mitzuarbeiten, ist die Pflicht eines jeden unserer Kollegen.

Gegen die Gelben.

Der Verbandsdelegiertentag der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Dekanates Dorsten nahm im Hinblick auf die sich immer mehr breit machende gelbe Werkvereinsbewegung folgende Entschliessung an:

„Der heute in Duer stattfindende Delegiertentag der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Dekanats Dorsten, dem 36 Vereine mit 7500 Mitgliedern angeschlossen sind, erklärt sich mit den Beschlüssen des Diocesandelegiertentages in Hamm, betreffend die gelben Werkvereine, vollinhaltlich einverstanden. Die gelben Werkvereine bedeuten eine Gefahr nach der religiösen, wirtschaftlichen und politischen Seite für den katholischen Arbeiter. Nachdem der Kartellverband der katholischen Arbeitervereine noch in diesem Frühjahr anfänglich des Frankfurter Kongresses die Waffenbrderkchaft mit den christlichen Werkvereinen erneuert hat, ist es eine Selbstverleumdung, da für die wirtschaftliche Interessenvertretung der katholischen Arbeiter, nur die christlichen Werkvereine in Betracht kommen. Im übrigen wird auf die vom Diocesankomitee beschlossenen Mssnahmen verwiesen und den Vereinen die Verpflichtung auferlegt, bis zum 1. Januar 1913 den Beschlus des Diocesandelegiertentages durchzuführen.“

Der hier in Betracht kommende Beschlus lautet: Der 1907 in Coesfeld gefasste Beschlus, betreffend die gelben Werkvereine wird vollinhaltlich erneuert und den Vereinen die Verpflichtung auferlegt, streng darber zu wachen, da kein Mitglied eines gelben Werkvereins aufgenommen, noch in unseren Reihen gebildet wird.

Rundschau.

Den Syndikalisierungsbestrebungen in der Metallindustrie kommt die gute Geschäftslage sehr zu statten. In B-Produkten haben die Werke bis ins nächste Frühjahr hinein zu tun. Der Walzdrahtverband will am 6. November über die Erneuerung seines Syndikatsvertrages beschliessen. Dabur, da die meisten Werke sich bereit erklärt haben, ihre Mehranspruch zuzuziehen, sind die Ausklrungen für die Erneuerung wesentlich günstiger geworden. Wie verlaute, soll gleichzeitig mit der Erneuerung des Walzdrahtverbandes eine Vereinigung für gezogene Drähte und Drahtstbe geschaffen werden. Anscheinend haben die Werke jetzt genug vom Wettkampf; eine Vereinigung für die gesamte Drahtindustrie, wäre sehr zu wünschen.

Der Verband deutscher Kalkwalzwerke (Sib Hagen), dem zurzeit 31 Firmen angehören, hat am 29. Oktober über die Erneuerung seines Gesellschaftsvertrages zu befinden. Wahrscheinlich wird man sich, wie die Rhein.-Westf. Ztg. schreibt, auf eine provisorische Verlängerung des bisherigen Vertrages einigen, um Zeit für die Weiterverhandlungen zwecks Neugestaltung auf anderer Grundlage zu gewinnen.

Preiserhöhungen nahmen in den letzten Tagen eine ganze Anzahl metallindustrieller Vereinigungen vor. In der Hauptversammlung des Deutschen Roheisenindustrieverbandes berichte die Geschäftsstelle, da der Abfall von Roheisen nach wie vor sehr lebhaft sei, so da ihm nicht in vollem Mae entgegen zu werden könne. Der Verkauf für die erste Hälfte des Jahres 1913 vollziehe sich, trotz der politischen Lage, sehr befriedigend. Die in Gemeinschaft mit dem Essener Roheisenverband festgesetzten erhöhten Preise würden schon bewilligt. Die Hauptversammlung beschlo, die inneren Berechnungspreise für die erste Hälfte des Jahres 1913 um 6 Mk. die Tonne zu erhöhen.

Nachdem sich die Kupferrohrwerke inzwischen wieder vollständig zusammen gefunden haben, erhöhte die Verkaufsstelle ihre Grundpreise für kleinere Bezüge von Mk. 210 auf Mk. 215-217 bis 100 Kil. je nach Menge. Für groere Geschäfte richtet sich der Preis nach dem Tagespreis für Kupfer an der Londoner Börse und beträgt heute Mk. 208-210, die 100 Kil., frachtfrei Verbrauchsort.

Die Preise für Aluminium-Blech sind ebenfalls in die Höhe gegangen. Die Werke haben, wie die Kn. Beilage erfährt, ihre Grundpreise für Lieferung im Jahre 1913 weiter erhöht. Die Werke, die vor einiger Zeit Mk. 200 bis 205, die 100 Kil. forderten, wollen heute nicht unter Mk. 210, teilweise sogar nicht unter Mk. 215 die 100 Kil. Grundpreis abgeben. Weiteres Anziehen der Preise hände bevor.

Im letzten Geschäftsjahre verzeichnen nachstehende Aktiengesellschaften folgende Abschlusziffern:

	Reingewinn	Dividende
	1911/12	1910/11
Deutsch-Lugenburg	12.214.905 Mk.	11% 11%
Hindrichs-Auffermann	239.948	15% 15%
Der Silberwarenfabriken-Düsseldorf	174.578	10% 9%
Georgs-Marienhütte	2.491.650	7% 6%
W.G. Rittmann-Hppe	158.632	8% ?
Weyer & Co.-Dorbil	590.567	13% 13%

Schlösser und Schlüsseln werden von den deutschen Schlsserfabriken in ganz bemerkenswerten Mengen im Auslande abgesetzt. Von Januar bis August des Hochkonjunkturjahres 1907 hatte die deutsche Industrie 69.415 dz. der genannten Fabrikate exportiert. Nach einem empfindlichen Rückgang im Jahre 1908 hob sich die Ausfuhr erneut. Der Export von Schlössern und Schlüsseln berechnete sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1911 auf 74.779 dz. und wuchs im entsprechenden Zeitraum des laufenden Jahres auf 76.593 dz. Gleichzeitig ergab sich eine Wertsteigerung von 9,46 auf 9,59 Mill. Mark. Als wichtigste Absatzgebiete kamen dieses Jahr Britisch-Indien mit 7357 dz., Argentinien mit 6740 dz. und Italien mit 6651 dz. in Frage. Auch die Ausfuhr von Produkten, die der Schlsserfabrikation verwandt sind, hat sich gehoben. Von den hierher gehörigen Fabrikaten deutscher Herkunft, als Bau- und Absehbefehlschlsser, Zrgelchen, Trketten, und dergl. nahm der Weltmarkt in der Berichtszeit 86.337 dz. auf gegen 84.398 dz. im Jahre vorher. Die Einfuhr der nächsten Fabrikate ins deutsche Zollgebiet war mit 2862 dz. wenig beträchtlich.

Welch reiche Gewinne der Kohlenbergbau zurzeit bringt, lässt wieder einmal deutlich der Ausweis der Generalfabrikationsrechnung für das dritte Quartal des laufenden Geschäftsjahres erkennen. Diese Bese erzielte im genannten Quartal einen Betriebsberschus von 998.529 Mk., gegen 851.919 Mk. im zweiten Quartal und 607.396 Mk. im gleichen Quartal des Jahres 1911. Die Ausbeute für das dritte Jahresviertel wird von 300 auf 400 Mk. für den Tag erhöht. Noch weit mehr, als diese Steigerung tritt aber der Wertzuwachs

in die Erscheinung, der den Gewerken im Laufe der Jahre zuteil wurde. Im Jahre 1892 stellte sich der Preis des Kurses auf 2800 Mk.; im Jahre 1902 betrug er schon 10.000 Mk., und in den letzten Tagen etwa 30.000 Mk. Das gengt aber den Besitzern der Kohlenzechen noch nicht — nein, die Kge müssen mehr einbringen und die Kohlenpreise wie krzlich beschloss, für das Jahr 1913 und 14 noch weiter in die Höhe getrieben werden, bemerkt dazu mit vollem Recht die Königliche Volksztg.

Die Sozialversicherung in Europa nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung wird vom Reichsarbeitsblatt (Nr. 9) in einer Sonderbeilage behandelt. In 17 Staaten ist die Krankenversicherung eingeführt, allerdings in den verschiedensten Formen. In Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, England, Norwegen und Serbien ist neben dem grundsätzlichen Versicherungszwang bezw. der Zwangsversicherung auch die freiwillige Versicherung für gewisse nicht versicherungspflichtige Berufsgruppen zugelassen. In Luxemburg und in Rumänien gibt es nur Zwangsversicherung, während Belgien, Schweden, Dänemark, Finnland, Spanien, Holland und die Schweiz nur die freiwillige Versicherung kennen. Wie die Art, so weisen auch der Umfang, Form, Beitragsweise, Leistungen und Streitverfahren der Krankenversicherung in den verschiedensten Staaten eine groe Mannigfaltigkeit auf. Den groten Umfang hat die Krankenversicherung in Deutschland, das bei 16,5 Millionen Lohnarbeitern 14 Millionen und nach dem Inkrafttreten des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung, etwa 20 Millionen Versicherte zählt. England hat bei 14 Millionen Lohnarbeitern etwa 14,7 Millionen Versicherte, während in Frankreich nur die Bergleute (bis 2000 Mk. Jahresverdienst) versicherungspflichtig sind. Von den kleineren Staaten weisen Luxemburg und Rumänien die erste Anlehnung an das deutsche Vorbild auf. Die Unfallversicherung, welche ebenfalls in 17 Staaten eingeführt ist, beruht in zwölf Staaten auf dem Versicherungszwang, wovon nur zwei Staaten allein die Zwangsversicherung und zehn Staaten daneben die freiwillige Versicherung haben. Nur freiwillige Versicherung haben fünf Staaten. Deutschland steht mit 24,2 Millionen Versicherten sowohl positiv als auch relativ weit aus an der Spitze aller Staaten, die anderen groen Staaten folgten erst in weitem Abstand, und nur einige kleinere Staaten erreichen relativ annähernd das deutsche Vorbild. Die Invaliden- und Altersversicherung ist in zehn Staaten zur Einführung gelangt, doch unterliegen in Oesterreich nur die Bergleute und Privatangestellten der Versicherungspflicht, in Ungarn und Belgien nur die Bergleute. In Italien, Finnland, Spanien und Serbien kennt man nur die freiwillige Versicherung, überhaupt keine Invalidenversicherung gibt es in Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz. Eine Hinterbliebenenversicherung gibt es näher in Deutschland noch in Oesterreich, Ungarn, Frankreich und Serbien. Die ganze Zusammenstellung, welche am Schluss noch eine summarische Uebersicht über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung bringt, zeigt, da Deutschland auf dem Gebiete der Sozialversicherung allen anderen Staaten weit überlegen ist.

Abstreifende Proben einer sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung erlebt man schon heute überall da, wo die „Genossen“ nach eigenem Ermessen schalten und walten können. So haben sich im badischen Musterlande, ebenso wie anderswo, eine Anzahl Krankenkassen zu einem Verbande zusammengeschlossen, unter dem Titel: „Freie Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen.“ Die „Freie Vereinigung“ wird von zielbewussten Sozialdemokraten geleitet und hat sich, ebenso wie andere sozialdemokratisch geleitete Bezirkskrankenkassenverbnde, dem ebenfalls von Sozialdemokraten geleiteten „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“ angeschlossen. Jüngst fand nun in Bruchsal eine Tagung der „Freien Vereinigung“ statt, auf der es hoch herging. Grund dazu war folgender Vorfall:

Der Delegierte Ziegelmaier-Offenburg hat um Spezialisierung der Ausgaben des Vorstandes, die ihm verdächtig vorkamen. Sofort setzte bei den „Genossen“ ein mordwrtiger Spektakel ein, sie beschimpften den Fragesteller, der nicht zu ihrer Contour gehörte und suchten dadurch über die prekäre Situation hinwegzukommen. Ziegelmaier lie aber nicht locker und siehe da, es stellte sich heraus, da der siebenkppige Vorstand, der durchweg aus echten „Genossen“ besteht, für eine einzige Ausklssung in Konstanz, an der die sieben erwähnten Herren teilnahmen, 673,30 Mk. in Rechnung gestellt hatte. Drei Stunden nur hatte die Sitzung gedauert, zwei Tage waren daur angelegt. Der zweite Tag war für eine Dampfpartie nach Fregenz vorgesehen. Die Herren „Genossen“ berechneten sich Fahrged zweiter Klasse, 15 Mk. Tagesessen, mit Uebernachten 22,50 Mk. Doch, damit ist man noch nicht zufrieden. Nach Abzug der Fahrkosten und der Ausgaben usw. entfallen noch 76,50 Mk. auf den einzelnen Teilnehmer an der Konstanzer Ausklssung. Da sich die Krankenkassen, die der „Freien Vereinigung“ angeschlossen sind und von Nichtsozialdemokraten geleitet werden, von einer solchen Wirtschaft abwenden und einen eigenen Verband bilden, ist weiter nicht verwunderlich.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, da der von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Frhndorf geleitete „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“ auf seiner diesjährigen Generalversammlung in Köln den Delegierten und Kassen keine öffentliche Abrechnung vorlegte. Die von „Genossen“ befehlete Frankfurter Kasse erhielt von Frhndorf den Auftrag, die Verbandskasse zu prufen. Die „Genossen“ fanden natürlich, „alles in Ordnung“. Mittlerweile aber hat sich ein neuer „Verband deutscher Krankenkassen“ auf nationaler Grundlage gebildet, welcher der unfruchtbaren „Genossenschaft“ ein Ende zu machen geeignet ist. Unsere Kollegen mögen ihren Einflu überall dahingehend geltend machen, da die Krankenkassen sich diesem letzteren Verbande anschliessen. Das ist die beste Bekämpfung der Genossenschaftswirtschaft im Krankenkassenwesen.

Streits und Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Der Kampf zwecks Durchführung der 57-tndigen Arbeitswoche wurde nach 14wchiger Dauer bei der Firma Stahlwerk Deking abgebrochen, nachdem eine Reihe Streikender hinter dem Rücken ihrer Streik- und Organisationsleitung die Arbeit aufgenommen hatten. Wzig Prozent sämtlicher Streikender waren Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Wie uns nach Abzug dieses Kampfes von der Streikleitung der Firma Juden mitgeteilt wurde, soll der Beamte Fler vom sozialdemokratischen Metallarbeiterver-

band sich dort schon vor 2-3 Wochen dahingehend geäussert haben, „man müsse den Streik bei Deking abbrechen, dann könnte die Streikunterstützung für die Arbeiter der beiden anderen Firmen erhöht werden.“ In dem gleichen Sinne soll sich auch das sozialdemokratische Mitglied der Streikleitung bei Juden, S., geäussert haben, der seine Informationen nur von Fler haben könnte. Wir registrieren vorläufig lediglich diese an uns ergangenen Mitteilungen, ohne uns selbst dazu zu uern. Nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden ist die Sperre über das Werk aufgehoben.

Eine nach dem Streikabbruch bei Deking abgehaltene Versammlung der streikenden Arbeiter der beiden Firmen Woeite u. Cie und Gebr. Juden beschlo bei geheimer Abstimmung einstimmig, den Kampf weiter zu führen. Daher ist hier Zuzug nach wie vor streng fernzuhalten.

Zur Beachtung. Vel allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Verklt, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Bestum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zuzug von Schlossern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Verbohl. Die Firma Gebr. Gonsel in Gwelling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

M.-Gladbach. Bei der Firma Gebr. Rambold, Eisenlehre, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

Machen. Vel der Firma Paulus, Bauhsslerel und Eisenkonstruktionswerksttte stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Woeite & Co., Fittingfabrik: Schmiede, Zugschlger, Gebr. Juden, Fittingfabrik: Schmiede, Zugschlger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser. Sämtliche Betriebe helber Werke sind gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Betriebsperre verhängt.

Dortmund-Annen. Ueber die Stahlgeherei des Annener Gusstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Zuzug gewarnt.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Moritzgasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Bauhssler, Klempner usw. werden deshalb ersucht, den Arbeitgebernachweis zu meiden.

Machen u. Kohlscheid. Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

Menden. Bei der Firma Schmle & Co. stehen sämtliche Kollegen im Streik. Zuzug ist fern zu halten.

Düren-Virkeshof. In der Dürener Metallwarenfabrik Rufferath & Co. stehen die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik.

Dnkrage. Vel der Firma Holtzhaus sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Osnabrück. Ueber die Gießerei der Firma Brück-Kretschel & Co. ist die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die Sperre über die Firma Deking ist nach Wiedereinstellung sämtlicher streikenden Arbeiter aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 3. November der fnfundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. November fällig.

Eine Anzahl Ortsverbandsleitungen sind mit der Einsetzung der Abrechnung vom 3. Quartal noch im Rückstande. Sie werden ersucht, Geld und Abrechnung bis spätestens 10. November einzufenden, andernfalls Veröffentlichung im Verbandsorgan erfolgt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Düsseldorf. Die hiesige Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes befindet sich wiederum einmal auf dem Kriegszuge gegen die — „bösen Christlichen“, die trotz aller Umwerbung nichts von ihrer Selbsttndigkeit abgeben und nichts von den „Lehren“ der Genossen wissen wollen. Schon vor längerer Zeit wurden uns Gerichte zugetragen, wonach einer der roten Beamten sich geäussert, „es gäbe ja doch bald wieder Bruch mit den Christlichen“ — und wenn nicht alles täuscht, scheint man den jetzigen Zeitpunkt mangels anderer Tätigkeit für den geeignetsten daur anzuersuchen zu haben. So wurden zwei Betriebsversammlungen bei der Firma Mannesmann einberufen mit der anstehenden Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Verrterereien der angeblichen Christlichen“.

Nicht wenig erstaunt aber waren die roten „Macher von's Gange“, als vor diesen Versammlungen ein von uns herausgegebenes Flugblatt erschien, welches den von sozialdemokratischer Seite bei dieser Firma betriebenen Arbeiterverband rat kennzeichnete. Dabur wurde den Herrschaften klar gemacht, da der christliche Metallarbeiterverband sich nicht als Prgeljunge für ihre Sünden gebrauchen lässt. Wir sind bereits in der Nr. 41 unseres Verbandsorgans auf die durch sozialdemokratische Dumtheit bei Mannesmann geschaffenen Zustände eingegangen. Um die Wirkung unserer Darlegungen abzuschwächen, lie der von Dortmund nach hier „verlechte“ Beamte Kronshage — genannt „Sozusagen“, weil diese Wendung von ihm in jedem Satz wenigstens dreimal gebraucht wird, sod er „sozusagen“ alles oder auch nichts sagt — seine „geistige“ Erfindungsarbeit unter die Arbeiter-schft verteilen. Mit Ausnahme einer Stelle, an der dieser Mann seinen „Witz“ verpacken wollte, ist das Blättchen wertlos. Er schreibt dort:

„Es ist ja gerade so, als wenn der Mops den Mord anbekommt. Wir wollen deshalb diesem kleinen Klffer nur zum kleinen Teil die Ehe antun und uns nur wenig mit diesem Flugblatt beschäftigen.“

Wir werden unten weiter sehen, welche Beachtung uns diese Herrschaften schenken, hier stellen wir lediglich fest, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit dem Mond verglichen wird, und das dürfte wohl so ziemlich zutreffen; denn viele Monatsmitglieder behaupten:

„Wenn „Deutschen“ kann man in dem Mond schauen, wenn es gilt, wirkliche Arbeiterrechte zu vertreten. Die verfolgen nur ihre sozialdemokratische Parteipolitik.“

Wenn die sozialdemokratischen Beamten sich selbst so ehrfurchtbar, kann uns das recht sein. Da der Mann jedoch in seinem Wäldechen mit allerhand Unwahrheiten arbeitete (diese Kenntnisse aus seiner früheren Tätigkeit glaubt er auch hier anwenden zu können) antworteten wir kurz durch folgende Feststellungen:

1. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat unter Umgehung der anderen Verbände, die von uns angeregte gemeinsame Aktion zwecks Erreichung der Arbeitszeitverkürzung des Samstags allein vorgenommen, trägt daher die Verantwortung für diesen Verrat und treibt Arbeitergespaltung aus agitatorischen Gründen.

2. Daher war es Pflicht des F. D. G. und des christlichen Metallarbeiterverbandes, ihren bei der Firma beschäftigten Mitgliedern anzuraten, auf den von der Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes herausgegebenen Listen die Unterschrift zu verweigern oder zurückzugeben.

3. Die sozialdemokratische Verbandsleitung empfindet und billigt den von ihren Mitgliedern über christlich organisierte Arbeiter verhängten Boykott, da letztere das „Verwehren“ bezuglich ihrer Ueberzeugung zu folgen und aus dem sozialdemokratischen Verbände auszutreten. Diese Tatsachen erinnern uns an eine ähnliche Handlungsweise des betreffenden roten Beamten, welche anscheinend im Einverständnis mit der Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erfolgte. In Lüdinghausen, wo der sozialdemokratische Verband mit nur 3 Mitgliedern in Frage kam, wurde gemeinsam eine Bewegung eingeleitet. Letztere erklärten sich im Auftrage von Kronshage solidarisch und reichten die Kündigung ein, um sie vor Ablauf wieder zurückzuziehen. Der Beamte hatte ihnen nachher erklärt, sie hätten ihre Beiträge nicht entrichtet, und daher seien sie keine Mitglieder des D. M. A. mehr. Mit ihm hatte er bei dieser Bewegung keine Mitglieder, brachte es jedoch fertig, hinter dem Rücken der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes sich schriftlich bei den Unternehmern anzubieten, um eine Beendigung des Streiks herbeizuführen.

Auf diese Feststellungen fanden „Sozialisten“ und Genossen in der „Volkzeitung“, ihrem Leiborgan, nur einige nichtsagende Bemerkungen; sie versuchten den über einen unserer Kollegen verhängten Boykott zu beschönigen, gingen jedoch mit keiner Silbe auf vorstehende Tatsachen ein, die wie ein Brandmal an ihrer Stirn haften. Die Helidentaten „Sozialisten“ ließen seinen Genossen Vergel nicht ruhen. Manche weitere Stunde verbrachten wir diesem „geistreichen“ Manne. Von ihm stammt beispielsweise der folgende zugkräftige feindliche Sermo an einem Einladungszettel für Betriebsversammlungen der Firma Hohenzollern:

„Des weiteren muß zu der Tätigkeit der christlichen Freunde Stellung genommen werden. Das Auftreten dieser Gesellschaft wird hier in Düsseldorf immer ruppiger.“

Der Mann ist zweifellos ein umgekehrtes Genie. Ganz anders wie sonst in Menschensöpfen, malt sich in seinem Kopf die Welt — und die Ruppigkeit. Aber der sozialdemokratische Metallarbeiterverband braucht anscheinend solche Genies und solche Mittel, um seine Betriebsversammlungen zu füllen. Nach einem Beschlusse dieser „tapferen“ Organisationsvertreter erhalten Vertreter anderer Organisationen niemals in den von ihnen einberufenen Versammlungen das Wort. Wie da der Genosse Vergel seinen Lieblingsgaul geritten haben wird, läßt sich aus dem Umstande erweisen, daß gerade in diesem Betriebe die ältesten Gewerkschaftler dem roten Verbande den Rücken gekehrt haben. Mit so großer Wuchsigkeit behandelt also schon der größte Teil jener klaffenbewußten Gewerkschaftssozialisten den roten Metallarbeiterverband! Uns wurde von einer Reihe dieser Leute mitgeteilt, daß ihnen ein Stel ankomme, wenn dieser Beamte mit dem zum roten „eisernen Rüstzeug“ gehörenden „Ch-“stehenbe“ angefahren käme.

Wie im übrigen berechnigte Arbeiterinteressen in diesem Betriebe vertreten werden müssen, hat den Genossen ein älterer christlicher Gewerkschaftler gezeigt. Nachdem den überardikalen Gewerkschaftssozialisten das Herz in die Hose hervorgetrieben war und sie ihre Rettung nur noch in einem Gutachten erblickten, wurde unser Kollege allein vorstellig und regelte die Differenzen zur allseitigen Zufriedenheit. Zum Dank hierfür fällt man dann über eine Organisation her, der die Genossen nicht das Wasser zu reichen in der Lage sind.

Als Dritter im Bunde zur Bekämpfung unserer Bewegung erscheint der leere Lokalkasse seiner Organisation durch ein in größerer Auflage verteiltes Flugblatt gegen uns. Seine beiden „Kollegen“ stellt dieser Mann noch in den Schatten. Und wie! Er schwafelt da „großartig“: „Der christliche Metallarbeiterverband und die Parteien“. Der Mann hat in den Jahren seines Hierseins noch nicht viel zugelehrt, denn er spielt mit der alten Mär vom „Zentrumsmetallarbeiterverband“ weiter. Doch in einem Punkt scheint's besser geworden zu sein. Vor zwei Jahren haben wir seine demagogische Kampfesweise einmal recht gründlich öffentlich gegeißelt und bloßgestellt. Das scheint bei ihm noch heute nach zu wirken, denn in feierlicher Weise erklärt er in diesem Flugblatte, daß er sich niemals wieder dazu verzeilen lasse, „auf die Gasse und am letzten Ende in die Gasse hinauszusteigen.“ Diese Selbsterkenntnis ist jedenfalls erhellend. Nur die Entstellung der Wahrheit ist eine Untugend, von der dieser Genosse noch immer nicht ablassen kann; er arbeitet auch diesmal in seinem Flugblatt wieder nach sozialdemokratischen Grundfäden, die betonen, daß dem Gegner gegenüber nicht die Pflicht der Wahrhaftigkeit anzuerkennen sei. Die Weisheiten über die christliche Gewerkschaftsbewegung sind vom Genossen Dr. Erdmann entliehen. Daß eine Gewerkschaftsbewegung, die nur unüberwindbare Klaffengegenstände anerkennt und damit im möglichen Zukunftsprogramm reißt, niemals im Stande ist, praktische Gegenwartsarbeit zu leisten, will oder kann der Mann noch immer nicht kapieren. Demgegenüber sagt sich aber jeder vernünftige Mensch: Wenn die Metallarbeiterschaft warten soll, bis sich die Umformung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne vollzieht, kann sie sich ruhig noch bis zum St. Annenfesttag die Gewerkschaftsbeiträge sparen — und Jäter und Genossen täten gut, sich bis dahin aufs Ohr zu legen.

Zum Schluß seines Geschreibsels aber läßt Jäter die rote Nase aus dem Sack laufen, indem er betont, daß jedes Mitglied der „freien“ Gewerkschaften Sozialdemokrat sein müsse, da man in dieser Bewegung die politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei erblicke.

„Soweit er in der Lage ist, durch die Ausübung des Wahlrechts einen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben, macht er Schluß mit der bürgerlichen Politik. Er erkennt die (unüberwindbaren b. G.) Klaffengegenstände, schließt sich den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei an.“

Das sind fettgedruckte Worte im Flugblatt, die den Beweis erbringen, daß die „freien“ Gewerkschaften die Vorstufe der sozialdemokratischen Partei sind und immer mehr die Masse auch bei uns hier fallen lassen. Wir aber freuen uns solcher Gegner. Viel Feind, viel Ehr! Sie sollen uns ein Ausbrennen sein, für unsere gerechte Sache mit allen Kräften einzutreten; denn wenn wir noch nicht überzeugt gewesen wären von der vollen Berechtigung unserer Bewegung, nach solchen Leistungen muß es ein jeder von uns sein. Der gehässige Kampf der Gegner sei uns die Gewähr für den Erfolg und die Güte unserer Sache.

Die. Mit unserer am 6. Oktober abgehaltenen Versammlung trat in die Winterarbeit ein. Zunächst wurde der Vorstand durch die Wahl eines zweiten Vorsitzenden ergänzt. Sodann sprach Kollege Fritz Formid-Geisweid über die Entstehung und Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Der Anfang einer eigentlichen deutschen Arbeiterbewegung falle in das Ende der sechziger und den Beginn der siebziger Jahre. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und „nehmer hörte mit der Entwicklung des Gewerbes zum Großbetrieb auf. Der Arbeitgeber kennt den einzelnen Arbeiter nicht mehr und kümmert sich auch nicht um seine Verhältnisse. Der Einzelne verschwand in der Menge. Die Arbeiter sahen sich daher gezwungen, sich zusammenzuschließen, um so gemeinschaftlich ihre Forderungen zu stellen und mit dem Arbeitgeber zu verhandeln.

Im Jahre 1868 berief der Leiter des Vassaleanischen Alldeutschen Arbeitervereins, Dr. von Schweizer einen Arbeiterkongress ein. Dr. May Hirsch, der in England die Arbeiterbewegung studiert hatte, wollte an demselben teilnehmen, wurde aber von v. Schweizer hinausgewiesen. Hirsch berief hierauf in Berlin, zusammen mit dem Verleger Duncker Arbeiterversammlungen ein, welche zur Gründung der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften führten. Und um den Vassaleanern nicht das Feld allein zu überlassen, gründete dann auch noch die Gruppe um Hebel und Liebnecht „Arbeitervereine“. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung trat also zu Anfang der siebziger Jahre gleich in drei Richtungen zersplittert auf den Plan. Wenn die Sozialdemokraten uns christlichen Arbeitern vorhalten, daß wir die Zersplitterer wären, so müssen wir ihnen recht kräftig unter die Nase reiben, daß sie die Spaltung in ihrem Parteinteresse von Anfang an herbeigeführt haben. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes vegetierten die „freien“ Gewerkschaften als lokale Gruppen weiter und sie wurden gerade in dieser Zeit zu Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes traten gleich wieder 350 000 Mitglieder „freier“ Gewerkschaften zusammen.

Warum entstanden nun christliche Gewerkschaften. — Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren von Anfang an religiös- und staatsfeindlich. Auch waren sie anfangs scharfe Gegner der Tarifverträge. Die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften bildeten sich zu reinen Versicherungsgesellschaften aus. Auch mit ihrer religiösen und politischen Neutralität war es nicht weit her. Unter diesen Umständen war es den christlichen Arbeitern unmöglich, den bestehenden Gewerkschaften beizutreten; sie waren gezwungen, Gewerkschaften zu gründen, wo sie unbeschadet ihrer religiösen und politischen Ueberzeugung an der Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse arbeiten konnten.

Die christlichen Gewerkschaften wurden von vielen Seiten scharf bekämpft. Trotz aller Bekämpfung aber sind sie groß und stark geworden und haben die weit älteren Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften an Mitgliederzahl und Bedeutung bereits überflügelt. Ein neuer Gegner unserer Gewerkschaftsarbeit ist nun neuerdings auf den Plan getreten, die Gelben: auch diesen muß mit aller Macht entgegen gearbeitet werden. Unsere Parole kann nur heißen, für unsere selbständige christlich-nationale Arbeiterbewegung!

In der Diskussion wurde das Vorgehen eines hiesigen Wanderversammlers beurteilt, der in einem roten Gewerkschaftsorgan Arbeiter suchte, obwohl in Olpe genug christlich organisierte Arbeiter sind. Zum Schluß wurde durch den Vorsitzenden noch konstatiert, daß unsere Ortsgruppe die Beitragserhöhung gut überstanden habe, 44 neue Mitglieder sind bis zum Schluß des Quartals gewonnen worden.

Kollegen von Olpe! benutzen wir die Winterzeit zur regen Agitation, damit auch die noch fehlenden Metallarbeiter für unsere Sache gewonnen werden.

Rombach in Gohr. Am Sonntag den 13. Oktober hielten wir hier im Lokale Wein eine Jugendversammlung ab, die fürs erste Mal gut besucht war. Unser Kollege Rektor referierte über die Gefahren der Jugendzeit und die Notwendigkeit der Jugendorganisation. Der noch jugendliche Redner schilderte aus eigener Erfahrung heraus die Gefahren, der die Jugend in der Fabrik und Werkstatt ausgekehrt; insbesondere zeigte er die Schäden auf, die unserer Jugend durch das Treiben der Sozialdemokraten drohen, welche ebenfalls bestrebt sind, die Jugend für sich zu gewinnen. Die Sozialdemokratie handelt nach dem Grundfaden: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Dabei sei ihr jedes Mittel recht, die Jugend für ihre Ideen zugänglich zu machen. Note Gefang, Turn- und Sportvereine werden gegründet, um die sozialdemokratische Jugendverbildung zu betreiben. Redner wies nach, daß eine solche Erziehung, wie die Sozialdemokratie sie betreibt, keine Erziehung, sondern ein Verbrechen an der Jugend sei. Zum Schluß wies er dann treffend nach, daß man nur für Recht und Freiheit kämpfen könne, wenn man nicht Sozialist sei. Daher fordere er die Anwesenden auf, sich nur ihrer wahren Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen. Unser Vorsitzender Kollege Kardinal richtete darauf noch einige ermunternde Worte an die Anwesenden, und forderte sie ebenfalls auf, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, welches dann auch sofort eine Anzahl der jungen Kollegen taten.

An den jugendlichen Kollegen von Rombach liegt es nun, das einmal begonnene Werk der Jugendagitation mit Entschiedenheit fortzusetzen. Keiner darf sich durch anfängliche Mißerfolge und Enttäuschungen, welche auch uns nicht erspart bleiben werden, von dem beschrittenen Wege abhalten lassen. Dann können wir voll Vertrauen in die Zukunft blicken und

ansprechen: Unser die Zukunft, weil unser die Gegenwart!

Planen. Der gute Verlauf des Dresdener Gewerkschaftskongresses hat auch hier vieles zur Belebung unserer Bewegung beigetragen. Zur Einleitung einer großzügigen Verarbeitung veranstaltete unser Kartell am 12. Oktober eine öffentliche Versammlung. Kollege Gieritz referierte über die entscheidende Bedeutung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für unser Volk. Ausgehend von einer eingehenden Schilderung des Verlaufes des Dresdener Kongresses betonte er die Zukunftsaufgaben der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählten 2,4 Millionen Mitglieder. Aus ideellen und materiellen Gründen könne ein nichtsozialdemokratischer Arbeiter sich dieser Bewegung nicht anschließen. Aus idealen Rücksichten nicht, weil es einem christlich denkenden Arbeiter nicht zugemutet werden könne, gegen seine eigene Ueberzeugung in einer ausgesprochenen sozialdemokratischen Gewerkschaft zu arbeiten, aus materiellen Erwägungen nicht, weil durch die unfeilige Verquickung berechtigter Arbeiterforderungen mit den unberechtigten Bestrebungen der politischen Sozialdemokratie die Hebung der Lage des Arbeiterstandes wesentlich erschwert werde. Aus diesen Gründen wären um die Jahrhundertwende die christlich-nationalen Gewerkschaften entstanden, die heute bereits 360 000 Arbeiter auf christlich-nationaler Grundlage organisiert hätten. Welche Bedeutung diese Bewegung für die sachliche und entscheidende Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft, als auch für unser nationales Wirtschaftsleben habe, hätte am letzten Mittwoch Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch in einer, aus Anlaß des Kongresses in Dresden einberufenen großen öffentlichen Versammlung anerkannt durch die Worte: „... daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung, das spreche ich aus vollster Ueberzeugung aus, der einzige, wirkliche und feste Ball gegen die Sozialdemokratie ist.“ — Das Korreferat erstattete Fraulein F. Harber, Sekretärin des christlichen Textilarbeiterverbandes in Düsseldorf. In überaus ansprechender Weise wies sie die Ausführungen des Vorredners zu ergänzen und auf die anwesenden Frauen einzuwirken.

Die hierauf einsehende Ansprache erbrachte den erfreulichen Beweis, daß, trotzdem die christliche Arbeiterbewegung erst vor Jahresfrist in Plauen eingeführt, ein Stamm rednerisch befähigter und intelligenter Kollegen vorhanden ist, so daß die weitere Entwicklung unserer Sache hier zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Hausen. Nach Schluß des so großartig verlaufenen Dresdener Gewerkschaftskongresses veranstaltete unser Kartell am 14. Oktober im großen Saale des Albertshofes eine öffentliche Versammlung. Als Referenten waren erschienen die Kollegen Schmitz und Hornbach-Röhl. Kollege Hornbach schilderte die Entstehung und Wirksamkeit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sie habe durch die Tat den Beweis erbracht, daß es ihr mit der Vertretung der Arbeiterinteressen ernst sei. An Erfolgen in punkto Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätten die christlichen Organisationen schon vieles zu verzeichnen. Daneben habe sich unsere Bewegung noch Unterstützungsvereine geschaffen, die sich sehr wohl neben denen der anderen Richtungen sehen lassen können. Die christlich-nationale Arbeiterschaft habe in ihrem ureigensten Interesse alle Ursache, in den christlichen Gewerkschaften an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuarbeiten. In überaus fesselnder Weise verbreitete sich hierauf unser Kollege Schmitz über die Arbeiten und die Bedeutung des soeben beendeten Dresdener Gewerkschaftskongresses.

In einer Anzahl von etwa 30 Mann hatten sich auch die Genossen zu dieser Versammlung eingefunden. Diese erlaubten sich während der beiden Referate ihre „weisen“ Zwischenbemerkungen an den Mann zu bringen. Sie wurden aber von unserem Kollegen Schmitz zwischen durch in einer so treffenden Art abgefertigt, die eine moralische Ohrspeise für die Leute bedeutete. Als nun die Diskussion eröffnet wurde, hatten schon eine Anzahl der mutigen Biischensrufer der Tapferkeit besten Teil erwählt und sich aus dem Saale verabschiedet. Der Versammlungsleiter machte die noch anwesenden Genossen darauf aufmerksam, daß man erwarte, daß die Biischensrufer sich nun auch in der Debatte zu Worte melden würden. Vergeltens. Die Genossen, unter ihnen der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, saßen da wie angeleimt; es hatte den Anschein, wie wenn jemand ihnen den sonst so rebelligen Mund mit Beschere hätte. Es zeigte sich hier, daß die Genossen nur „Mut“ haben, wenn sie, wie in der Dr. Erdmann-Versammlung, einen großen, ihnen blindergebenden Haufen hinter sich haben.

Da es sich aber hier um Leute handelte, die sich von der roten Maulweide nicht imponieren lassen, zogen die „mutigen“ Helben es vor, in der Versammlung zu schweigen und dafür hinterher die „Bittauer Volkzeitung“, den sogenannten „roten Wops“ mal wieder hellen zu lassen. Und der „rote Wops“ wimmert gar gerührt, daß die christlichen Gewerkschaften sich einen „ausgewählten Redner verschrieben, um viele Neugierige heranzuziehen.“ So etwas scheint seiner Ansicht nach nur „Genossen“ gefattet zu sein. Dann geht weiter. In der Versammlung seien nur ungefähr 30 Gesellenvereinleitend gewesen, ein paar Militärvereiner, viele bloß aus Neugier. Die Hauptsache aber seien Genossen gewesen — und dann fragt der Wops nach: Die christlichen Gewerkschaftler, wo blieben sie?

Die armen Genossen sind wirklich zu bedauern. Sie wissen wohl, wie stark wir schon in Hausen sind, auch, daß die Hälfte unserer Kollegen in der Versammlung anwesend waren — aber im Interesse der roten Hebe dürfen sie's nicht zugeben. Darum sei den Genossen an dieser Stelle verraten, daß auch die „Neugierigen“ nur gekommen waren, um sich über die Gewerkschaftsfrage einmal sachliche Aufklärung zu verschaffen. Und daß sie diese Aufklärung in unserer Versammlung wirklich gefunden haben, beweisen die Neuaufnahmen, die die verschiedenen christlichen Bistellen in den Tagen nach der Versammlung zu verzeichnen hatten. Wenn der „rote Wops“ dann zum Schluß seines neidischen Gebelers meint: „Lassen wir den Leuten das Vergnügen“, so tut er wohl daran. Bei der Herbst- und Winteragitation werden wir uns ein Vergnügen daraus machen, noch sehr viele Arbeitsbrüder von der berechtigten roten „Schlaueit“ zu erlösen; denn gerade der Arbeiterstand kann es sich unserer Ansicht nach am allerwenigsten leisten, seinen gesunden Menschenverstand um des Erfurter Programms willen außer Funktion zu setzen.

Wir arbeiten also weiter in der festesten Ueberzeugung, daß ernster und ausdauernder Arbeit auch Erfolg beschieden sein wird. Das scheint — nach seinem Gebelers zu schließen — selbst der „rote Wops“ zu fürchten.

Vorhoff. Trotz Beitragshöhung und Lebensmittelerhöhung, trotz Gegenagitation der Not und „ehemaliger“ Gewerkschaftler macht unsere Ortsgruppe in letzter Zeit gute Fortschritte. Auf Sonntag, den 27. Oktober war, nachdem schon am 24. Oktober eine Besprechung der hiesigen Klempnergehilfen stattgefunden hatte, eine Klempnerversammlung einberufen worden. Hier vom Orte, wo etwa 14 bis 16 Klempnergehilfen beschäftigt sind, waren 10 anwesend, welche auch alle ihren Beitritt erklärten. Kollege Grüne aus Essen war als Referent anwesend. Derselbe legte in begeisterten Worten den Kollegen den Zweck des Zusammenschlusses auseinander und ging dann näher auf die Einrichtungen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes ein. Er wies hin auf die guten Massenverhältnisse unseres Verbandes, auf dessen Unterstützungseinrichtungen und ganz besonders auch darauf, daß unser Verband auch trotz derselben Unterstützungsgläubigen, wie sie der sozialdemokratische Verband hat, pro Mitglied einen Massenbestand von 26 Mark aufweisen könne, sobald ein Vermögen von weit über eine Million Mark vorhanden sei, wohingegen der sozialdemokratische Metallarbeiterverband pro Mitglied nur 13 Mark besitze.

Au dem Vortrag, welcher mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit Begeisterung aufgenommen wurde, schloß sich eine sehr rege Diskussion. Aus der Aussprache ging hervor, daß der Referent die richtigen Worte getroffen und von den Kollegen auch gut verstanden worden war. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Hoffmann, stellte während des Vortrages die neuen Mitgliedsbücher aus und es konnte nach Feststellung der Namen gleich die Wahl des Sektionsvorstandes vorgenommen werden. Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Pascher, ebenfalls Klempner, schloß sich der Klempner-Sektion an und wurde als erster Vorsitzender und Kollege Stähler als 2. Vorsitzender der Sektion gewählt. Schriftführer wurde der Kollege Ensmann und Vertrauensmann Kollege Vandschuer. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und die übrigen Kollegen versprachen, dem neugewählten Vorstand volles Vertrauen entgegenzubringen und ihr in seiner Arbeit für die Kollegen zu unterstützen.

Hierauf nahm Kollege Grüne nochmals das Wort. Er erwähnte die Kollegen, immer so fest und treu zusammen zu stehen, wie sie es bei der Gründung getan, dann würde ihr Zusammenschluß reiche Früchte tragen zum Segen ihres Standes, ihrer selbst und ihrer Familie, sowie zum Wohle der Gesamtheit. Es wurde dann beschlossen, die nächste Sektionsversammlung am Sonntag, den 10. November, morgens um 12 Uhr in der „Stadt Münster“ abzuhalten. Der neugewählte Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Gruß auf den christlichen Metallarbeiterverband und die neugegründete Sektion. Nun, Kollegen vom Klempnergewerbe, zeigt, daß es euch ernst mit dem Zusammenschluß ist und sorgt, daß auch die noch Fernstehenden sich bald anschließen.

Soziales.

Die „soziale Belastung der Industrie“, ein Faktor des Fortschritts.

Auf dem 26. Berufsgenossenschaftstage zu Hamburg hielt der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, einen Vortrag über Licht und Schatten bei der Arbeiterversicherung, in dem er die soziale Versicherung als einen Faktor für die industrielle Entwicklung feierte:

„Es war kein Zufall,“ so sagte Herr Dr. Kaufmann u. a., „daß die Zeit des gewaltigen Aufschwunges der deutschen Volkswirtschaft mit der durchgreifenden Verbesserung der Lage unserer Arbeiter zusammenfiel. Hier bestanden, nahe, innere Zusammenhänge. Die erfolgreiche Behandlung der sozialen Fragen, insbesondere der Arbeiterversicherung, ist die mitbestimmende Ursache für eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung geworden, deren wunderbarer Reichtum gerade in der Stadt, wo Sie heute tagen, immer von neuem ergreift.“

Es kommt folgendes hinzu. Deutschland hatte auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung lange Zeit nur in dem befreundeten Oesterreich einen einigermaßen gleichwertigen Gefährten. Der Forderung einer ausgiebigen Arbeiterfürsorge kann sich auf die Dauer ein neuzeitlicher Staat, der sich seiner Pflichten bewußt ist, nicht entziehen. So haben denn in den letzten Jahren außer vielen mittleren und kleineren europäischen Staaten auch zahlreiche Großmächte in Anlehnung an das deutsche Vorbild eine Zwangsversicherung der Arbeiter in engerem oder weiterem Rahmen eingeführt. Zunächst Italien, dann Frankreich, wo das oft angeführte Urteil Justers über den maßgebenden Einfluß der Arbeiterversicherung auf Deutschlands Größe und Lebenskraft nicht unbeachtet geblieben war. Jüngst hat unser stärkster Mitbewerber auf dem Weltmarkt, England, soziale Einrichtungen ins Leben gerufen, die über die deutschen zum Teil noch hinausgehen und auch die Unternehmer mit erheblichen Aufwendungen belasten. Die Gesamtstaaten, an denen der englische Staatshaushalt demnach mit nahezu 280 Millionen Mark jährlich beteiligt ist, werden den unsrigen fast gleichkommen. Auch Rußland hat kürzlich durch Einrichtung einer staatlichen Kranken- und Unfallversicherung die Bahn der sozialen Fürsorge betreten. Das letzthin vom amerikanischen Kongreß angenommene Gesetz über die Unfallversicherung für die im zwischenstaatlichen Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist der bedeutungsvolle Anfang zu einer allgemeinen Arbeiterversicherung in Amerika. Denn einflußreiche Gruppen von dortigen Industriellen drängen auf eine umfassende Unfallversicherung mit wirksamer Unfallverhütung nach deutschem Muster.

Das Ausland hat in der Arbeiterversicherung auf Grund der deutschen Erfahrungen einen starken Hebel zur Förderung von Industrie und Handel erkennen gelernt. Auch es erwartet von den neuen Lasten einen günstigen Einfluß auf seine wirtschaftliche Entwicklung. Einer internationalen Regelung

sozialpolitischer Aufgaben werden dadurch die Wege geebnet.

Bei Einführung der sozialen Fürsorge dürfte wegen der ungewissen Folgen des lebhaft umstrittenen Sprunges ins Dunkle befürchtet werden, daß die neue, noch lange Zeit wachsende Last die deutsche Volkswirtschaft erdrücken könnte. Seitdem haben wir die hohe Bedeutung der Arbeiterversicherung für die Wohlfahrt der Nation, unsere Gesamtzeugung und die Schaffenskraft der einzelnen Betriebe kennen gelernt. Wir sehen, wie Hödlers prophetisches Wort von dem Siegeslaufe der werdenden Gedanken der unvergesslichen Novemberbotschaft sich allmählich erfüllt. Auch unsere Mitbewerber auf dem Weltmarkt nahmen die Lasten einer Sozialversicherung auf sich. Diese „nationale Versicherungsprämie“ zahlt jetzt nicht nur der deutsche, sondern auch der ausländische Unternehmer. Soweit es noch nicht der Fall ist, bringen die Lasten der Haftpflicht des ausländischen Unternehmers einen gewissen Ausgleich. Unter diesen Umständen erscheinen heute, auch wegen der neuen Anforderungen der Reichsversicherungsordnung, erste Sorgen um unsere Wettfähigkeit nicht mehr berechtigt.

Das klingt wesentlich anders wie die Klagen der Scharfmacher über die „erdrückenden Lasten“ der deutschen Sozialpolitik.

Soziale Wahlen.

Dortmund. Bei der am 11. Oktober getätigten Gewerbegerichtswahl erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 59% der in den Listen geführten Wähler, die christliche Liste 1450 Stimmen und 6 Beisitzer; die Sozialdemokraten 2472 Stimmen und 10 Beisitzer; die Hirsch-Dunker 276 Stimmen und 1 Beisitzer; die Gelben 312 Stimmen und 1 Beisitzer, die Polen 148 Stimmen und keinen Beisitzer. Unsere Stimmen erhöhten sich gegenüber der letzten Wahl vor 3 Jahren um 66, die der Genossen um 182. Die Beisitzergahl blieb hier dieselbe. Die Hirsch-Dunker gingen um 170 Stimmen retour, sie mußten einen Beisitzer an die Gelben abgeben. Bedauerlich ist das Eindringen der Gelben ins Gewerbegericht, da dies nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen kann.

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1913 ist soeben erschienen. Das vom Generalsekretariat in Köln herausgegebene Buch hat von Jahr zu Jahr unter den Kollegen mehr Freunde gefunden. Und wir sind der festen Überzeugung, daß auch das jetzt vorliegende Jahrbuch 1913 den Tausenden christlichen Gewerkschaftlern, denen die bisher erschienenen Jahrbücher unentbehrliche Begleiter waren, keine Enttäuschung bereiten wird. Ganz im Gegenteil: der Inhalt des neuen Jahrbuches ist durchaus dazu angetan, den alten guten Ruf noch mehr zu festigen.

Neben dem Kalendarium, dem Notizkalender, dem Geschäfts-kalender der christlichen Gewerkschaften und dem sonstigen für den täglichen Gebrauch zur schnellen Information wertvollen Inhalte finden wir vor allem auch wieder eine Reihe Artikel programmatifischer Art über unsere Bewegung, die für jeden Kollegen wertvoll sind. Wir erwähnen hier nur die Artikel: „Vom Wesen und Werden der christlichen Gewerkschaften“, „Kulturelle Werte christlicher Gewerkschaftsarbeit“, Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Arbeiter- und Jugendvereinen“, „Die Gelben“. Weisgebendste Beachtung verdient auch die zu praktischer Arbeit anleitende Abhandlung über: „Soziale Wahlen und Arbeiterbewegung“.

Das neue Jahrbuch gehört in die Hand eines jeden Kollegen. Es kann zum Preise von 50 Pfg. durch die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes bezogen werden. Die Vorstände der einzelnen Verwaltungsstellen mögen den Vertrieb in die Hand nehmen und ihre Bestellungen möglichst bald bei der Hauptgeschäftsstelle bewirken.

Die Aufgaben der Arbeitervertreter in der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag, 124 Seiten, Preis 50 Pfg. — Verfasser der Schrift ist Kollege Reichstagsabgeordneter Veder-Arnsherg, der an dem Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung in hervorragender Weise mitgewirkt und als einer der besten Kenner der Materie bezeichnet werden kann.

Die Aufgaben der Arbeitervertreter in den verschiedensten Institutionen der sozialen Versicherung haben durch die R.-V.-D. erhebliche Änderungen und Erweiterungen erfahren. Der Personenkreis ist bedeutend erweitert. Erinnerung sei nur an die Umwandlung zahlreicher Gemeindeversicherungen in Ortskrankenkassen, wodurch die Mitbestimmung der Arbeiter gesichert wird. Da ergibt sich die Notwendigkeit, diejenigen Arbeiter, die durch das Vertrauen ihrer Kollegen vor die Front gestellt werden, zu schulen, damit sie in der Lage sind, dem Interesse ihres Standes nach Möglichkeit zu dienen.

Die Schrift gibt nicht nur vorzügliche Anleitungen und Anregungen über das, was die Arbeitervertreter zu tun haben und was sie tun können, sondern sie schildert auch den Aufbau der reichsgesetzlichen Versicherung, den Gang der Rechtsprechung und das für unsere Bewegung so wichtige Wahlsystem. Mit Beginn des nächsten Jahres wird der Wahlkampf um die Arbeitervertreter recht lebhaft einsetzen. Da ist es unbedingt erforderlich, daß man sich allenthalben über die Wichtigkeit und den Gang der Wahlen im Klaren ist. Das Schriftchen des Kollegen Veder wird hierzu die besten Dienste leisten. Allen Beteiligten, den Kollegen, die Aemter in der sozialen Versicherung bekleiden, sowie den Zahlstellenvorständen, muß deshalb die Beschaffung der Schrift dringend empfohlen werden. Zu empfehlen ist der gemeinsame Bezug durch die Zahlstellen, da der Christliche Gewerkschaftsverband (Köln, Postfach 157) in diesem Falle Vergünstigungen gewährt.

Sterbetafel.

†
Falkau. Am 24. Oktober starb unsere langjährige und treue Kollegin Anna Steiger, geb. Matt im Alter von 44 Jahren an Herzschlag.
Ghre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

- Freitag, den 1. November.**
Dortmund-Hörbe. Abends 8.15 Uhr bei Stolze.
- Samstag, den 2. November.**
Berlin-Moabit. Vert. bei Ankersl., Geydowstr. 38.
Dresden. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dittmerstr. 1.
Goede-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann, Spangenbergstr.
Dortmund 1. Abends 9 Uhr im Reichl. Gewerkschaftshaus, Westerblickstraße.
- Duisburg-Kleinwerbe.** Abends 8.30 Uhr bei Sautkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm und Wallstraße.
- Eisenach.** Abends 8.00 Uhr im Weimarischen Hof.
- Eisenach.** Abends 8.30 Uhr bei Sieders, Gohausen.
- Eisenach-Verder-Schnebeck.** Abends 8.30 Uhr bei Kleinernagel, Vortrag: „Arbeitslosen-Versicherung und -fürsorge“.
- Eisen-Steckel-Krah.** Abends 8.30 Uhr in Aray bei Freitag, Grommstr.
- Eisen-Gleitsmonteure und Selter.** Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rottstr. 19.
- Essen-Bau- und Kunstschloffer.** Abends 8.30 Uhr bei Mehnke, Albrechtstr.
- Freiburg i. Br.** Abends 8.30 Uhr im Gaunerbräu, Schiffstraße 7.
- Hamburg.** Abends 8.30 Uhr bei Dudenbüchse, Zalkstraße 97.
- Hannover-Wilhelms.** Abends 8.30 Uhr mit Frauen bei Aug. Kolenbusch, Wilhelms. Erziehungshaus, Pflüch.
- Münchberg.** Abends 8 Uhr im Gellenhof, Tafelhofstraße 7.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen Rindl.
- Welterbauer-Vogelmann.** Abends 8.30 Uhr bei Müschenborn, Emmerstraße.
- Samstag, den 3. November.**
Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Steinhaus, Boelckstraße 1.
Barmen. Vorm. 11 Uhr bei C. A. Schulte, am Markt.
Bielefeld. Versammlung im „Arten“.
Berlin-Tempelhof. Nachm. 5 Uhr im Deutschen Gärtnereigen, Stralauerstraße 53.
Bonn. Vormittags 10 Uhr bei Witz.
Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10.45 Uhr im Paulshaus, Duaralstraße; Generalkonferenz der gesamten Verwaltungsstellen. Persönliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Mittagsbesuch mitbringen, da Tischkontrolle. Außer wichtige Tagesordnung.
- Düsseldorf-Verder.** Abends 8 Uhr mit Frauen im Barbatsaal, Barbatsstraße 11. Ersuche und helle Tagesordnung.
- Duisburg-Ortsverwaltung.** Nachm. 8 Uhr in der „Konforta“ in Hührt, Barmbeckstraße, allgemeine Vertrauensmänner-Sammlung. Nachm. 4 Uhr in demselben Lokal Duaralstraße; Generalkonferenz. Sämtliche Versammlungen in den Sektionen fallen an diesem Tage aus.
- Dortmund-Schüren.** Vormittags 11 Uhr bei Weinsädel.
- Dortmund-Schwerte.** Vormittags 11 Uhr Kartellversammlung bei Köhler.
- Dortmund-Barop.** Nachm. 4 Uhr bei Wm Schüttler.
- Durlach.** Vormittags 10.30 Uhr im Lokale zum Bahnhof.
- Essen-Altstadt (Gutbrod, Stadt, Nordost und Stoppenberg).** Abends 7 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 24.
- Essen-Volkshausen.** Abends 7 Uhr mit Frauen bei Buchner, Sobelstr. Vortrag: „Die Bedeutung der Gewerbegerichts-wahl“.
- Essen-Heilmia.** Vormittags 11 Uhr bei Buchmiller.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Nachm. 5 Uhr mit Frauen im Ruhrlal-Melanchol.
- Gelsenkirchen-Schulte.** Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
- Hamborn.** Versammlung auf den 10. November verlegt.
- Karlsruhe.** Vorm. 10 Uhr Vorkonferenz u. Vert.-Sitzung mit Vorbereitung im Palmgarten.
- Köln-Verwaltungsstelle.** Morgens 10 Uhr Quartalsgeneralversammlung im Colontahaus, Maderstr. 6. Referat Kollege W. Leber-Duisburg.
- Münchenheim.** Vorm. 11 Uhr bei E. Diemer, Pflüchstraße.
- Milchheim-Mein.** Vormittags 10 Uhr im 2. S. S. S., Kolontahaus, Maderstr. 5, Quartalsgeneralversammlung. Tischkontrolle, daher Mittagsbesuch mitbringen.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerktagsoferne.
- Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Rahmstr. 22.
- Schaffsmühle.** Nachm. 5 Uhr bei Wedder, Hüberstraße.
- Montag, den 4. November.**
Dortmund-Kleinwerbe. Abends 9 Uhr im kath. Geselehaus, Silberstraße.
- Freitag, den 8. November.**
Sterkrade. Abends 8.30 Uhr bei Reiter, Sandberg, Goltestr. 1.
- Samstag, den 9. November.**
Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Friede, Guffenstr. 4-5.
Scheiburg. Abends 8.30 Uhr bei Gustav Gerhoff, Kirchstr.
Herbede. Abends 8.30 Uhr bei S. Wien, Hauptstr.
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.
Köln-Indenhal. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachemstr. 129.
Münchberg. Abends 8 Uhr im Lokale Leopoldstadt, Senefelderstr. 11.
Düsseldorf. Abends 9 Uhr bei Schmidt.
- Sonntag, den 10. November.**
Prühl. Morgens 11 Uhr bei Witz, Gröben, Hüfstr. 8.
Düsseldorf-Gler. Vorm. 11 Uhr bei Hanel, Humbertstr. 120.
Düsseldorf-Gerechheim. Abends 7.30 Uhr Versammlung der Jungendlichen. Die Eltern sind herzlich eingeladen. Lokal: Steinmanns, Gröbingerstr. 18.
Düsseldorf-Verder. Vorm. 11 Uhr bei Böhen, Krefelderstr.
Düsseldorf-Mettmann. Abends 8 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Egen, Meanderstr.
Düsseldorf-Oberrath. Vorm. 11 Uhr bei Wosen, Luegallee 50.
Düsseldorf-Unterrath. Vorm. 11 Uhr bei Reulert, Rärtenstr. Erscheinen aller Kollegen Pflicht.
D-Laac. Vorm. 11 Uhr bei Jahn, Kaiserstr.
D-Obermerfeld. Nachm. 5 Uhr am Zuchling.
Hagen-Altstadt. Vorm. 11 Uhr bei Gieshoff, Körnerstr. 17.
Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt in Marzloh.
Hagen-Ortsverwaltung. Nachm. 5.30 Uhr Generalversammlung mit Vortrag bei W. Gieshoff, Körnerstr. 17.
Karlsruhe-Darlarthen. Nachm. 8.30 Uhr im „Strehl“.
Köln-Grenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstr. 87.
Köln-Woll. Morgens 11 Uhr bei Rahender, Hauptstr. 28.
Köln-Vingst. Morgens 11 Uhr bei Fein, Düg, Hüfenerstr.
Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Röhrenhof, Ecke Jäger u. Witzlinghauserstr.
- Stranburg.** Vorm. 10.30 Uhr im Müschner Hof.
- Sonthofen.** Nachm. 2.30 Uhr im Lokal.
- Wessern.** Vorm. 11 Uhr bei Lohmann.

Sechste u. größte u. verb. Aufl.

Der Metallarbeiter

Hilfs- u. Nachschlagewerk für Dreher und Schloffer

enthält
Härten, Fräsen, Drehen, Zeitberechnung z. Drehen groß. Gegenstände auf der Planbank. Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Konischdrehen mittels Meißel und Support. Sämtliche Gewindeberechnungen nach Wirthwort und Millimeter-Steigung. Gewindeberechnungen für alle vorkommenden Gewinde. Konstruieren v. Zahnrädern, Fräsen derselben, sowie die Spiralfeder z. z. Viele Anmerkungen. 1 Stück 2 Mk., auch in Briefmarken, per Nachnahme 2.20 Mk., 2 Stück 4 Mk., 3 Stück 5.90 Mk., 5 Stück 9 Mk., 10 Stück 18 Mk., bei freier Zusendung, bei 10 Stück ein Freieigenplar.
Zu beziehen durch **Const. Haas, Köln a. Rh., Mühle 10.**

Einige tüchtige Metalldreher bei hohem Lohn und dauernder Arbeit nach Hildesheim gesucht. Meldungen sind zu richten an Kollegen G. Gagelins, Hildesheim, Pernerlandstraße 19.

Mehrere tüchtige Reparaturschloffer für dauernde Beschäftigung gesucht. Scher. Windhoff, Automobilfabrik Rheine.